

ERNST SODEIKAT

**Die Verfolgung und
der Widerstand
der Katholischen Kirche in der
Freien Stadt Danzig
von 1933 – 1945**

BERNWARD VERLAG

ERNST SODEIKAT

**Die Verfolgung und
der Widerstand
der Katholischen Kirche in der
Freien Stadt Danzig
von 1933 – 1945**



BERNWARD VERLAG

Heft 5 der Schriftenreihe „Wahrheit und Zeugnis“

Adalbertus-Werk e. V.

Bildungswerk der Danziger Katholiken

© 1967

BERNWARD VERLAG GMBH HILDESHEIM

Goslarsche Straße 23 : Postfach 1047

Herstellung: Schwitalla Himmelsthür

Vorwort

Als der dunkelste und beschämendste Abschnitt der deutschen Geschichte gilt zweifellos die Diktatur des Hitlerreiches. Von vielen Seiten im In- und Ausland hat man die Frage gestellt: Wie war es möglich, daß in einem so hochkultivierten Volk und Land eine solch unmenschliche und barbarische Diktatur zur Herrschaft gelangen konnte? Diese Frage wird auch in Zukunft nicht verstummen. Auch die heute heranwachsende junge Generation stellt diese Frage; und aus der Sicht der freiheitlich-demokratischen Staatsform, in der sie lebt, findet sie keine andere Antwort als das verdammende Urteil über ihre Väter: „Ihr seid mitschuldig an den Verbrechen des Nazireiches.“ Man fällt das harte Urteil der Kollektivschuld über alle damaligen Zeitgenossen. Ohne persönliches Erlebnis und Erfahrung jener Zeitverhältnisse sucht man, wie der Schriftsteller Hochhuth in seinem „Stellvertreter“ die Verbrechen Hitlers auch der Kirche, ja selbst der höchsten kirchlichen Hierarchie anzulasten.

Wer tritt heute noch als Zeuge der Wahrheit auf? - Da hat kürzlich ein gläubiger Jude, Pinchas E. Lapide, ein Buch herausgegeben mit dem Titel: „Rom und die Juden“, in dem er nach jahrelangem Studium aller vorliegenden Quellen und mit umfassender Sachkenntnis alle Vorwürfe gegen Pius XII. widerlegt.

Zeugnis für die Wahrheit will auch mit dieser Dokumentation „Die Verfolgung und der Widerstand der Katholischen Kirche in der Freien Stadt Danzig von 1933 bis 1945“ Herr Ernst Sodeikat, Regierungsrat a. D., geben. Wie in den anderen bisher veröffentlichten Arbeiten „Der Nationalsozialismus und die Danziger Opposition“, „Die Verfolgung und der Widerstand der Evangelischen Kirche in Danzig von 1933 bis 1945“, „Die Verfolgung und der Widerstand der Juden in der Freien Stadt Danzig von 1933 bis 1945“ zeigt er anhand von Dokumenten, daß in weiten Kreisen der Danziger Bevölkerung dem Ungeist des III. Reiches entschiedener Widerstand geleistet wurde. Dafür gebührt dem Verfasser unser aufrichtiger Dank. Für die Bildung eines klaren und gerechten Urteils über Mitschuld oder Unschuld vieler Deutscher an den Verbrechen Hitlers mag diese Dokumentation eine authentische Quelle sein.

Dr. Behrendt
Apostolischer Visitator der Danziger Katholiken

Justitia est fundamentum omnium regnorum.

– Die Gerechtigkeit ist die Grundlage aller Herrschaft –

(Inscription aus dem 17. Jahrhundert am Langgasser Tor in Danzig.)

Des Unrechts Pracht und Übermut

Gott allzeit haßt und stürzen tut.

(Alter Spruch im Artushof zu Danzig.)

Der Inhalt	Seite
Die Neuordnung der Katholischen Kirche nach der Abtrennung Danzigs vom Deutschen Reich	7
Der bevölkerungsmäßige Anteil der Katholiken	7
Die Ziele des nationalsozialistischen Angriffes gegen die Kirche	8
Der Beginn der Verfolgung	10
Terror der Hitlerjugend und staatliche Maßnahmen gegen die katholischen Jugendorganisationen	16
Die Angriffe auf die Pfarr-Caritas	19
Ein polnischer Vikar erhält Amtsverbot, ein katholischer Jugendführer wird bestraft	21
Die katholischen Geistlichen wenden sich an den Heiligen Stuhl und an den Völkerbund	22
Ausschreitungen gegen Pfarrer	24
Ein organisierter Überfall	25
Ein NS-Senator spricht über Bevölkerungspolitik und Rassenpflege	26
Terror und Drohungen	28
Die Kirche kann nur noch innerhalb der Gotteshäuser wirken	30
Kreuzfrevel und Pfarrerverfolgungen	31
Bischof Graf O'Rourke verzichtet auf sein Amt, Dr. Carl Maria Splett wird Bischof	32
Priester werden gequält, entehrt und ermordet	32
Bormann gegen die Freiheit des Glaubens	34
Die Gestapo verfolgt und peinigt die Priester	35
Die führenden Nationalsozialisten flüchten	36
Ein harter Weg und ein ermutigendes Zeichen	36
Anmerkungen	38
Bibliographie	43

Die Neuordnung der Katholischen Kirche nach der Abtrennung Danzigs vom Deutschen Reich

Die durch den Vertrag von Versailles am 10. Januar 1920 erfolgte Abtrennung des Danziger Gebiets vom Deutschen Reich und die am 15. November 1920 erfolgte Erklärung der „Freien Stadt Danzig“ zum selbständigen Staat machten eine Neuordnung für die Katholische Kirche Danzigs notwendig, zumal sich die Abtrennung mehr und mehr politisch auswirkte. Der Dekan des Dekanates Danzig-Stadt, Anton Sawatzki, übermittelte daraufhin im Auftrag der Danziger Pfarrer dem Heiligen Stuhl die im Danziger Klerus wie auch in der katholischen Laienwelt vorherrschende Auffassung über die notwendige neue kirchliche Ordnung. Am 22. April 1922 regelte Papst Pius XI. durch ein Dekret die Danziger kirchlichen Angelegenheiten. Das Gebiet der Freien Stadt Danzig wurde von den Bistümern Kulm und Ermland abgetrennt und zu einer Apostolischen Administratur gemacht. Der bisherige Bischof von Riga, Eduard Graf O'Rourke, wurde zum Apostolischen Administrator bestellt. Als in dem polnischen Konkordat vom Jahr 1925 die Vollmachten des Apostolischen Nuntius in Polen auch auf das Gebiet der Freien Stadt Danzig ausgedehnt wurden, erfüllte Papst Pius XI. am 30. Dezember 1925 den Wunsch der Danziger deutschen Katholiken: Die bisherige Apostolische Administratur Danzig wurde durch die Bulle „Universa Christifidelium cura“ vom 30. Dezember 1925 zu einem selbständigen, exemten Bistum erhoben. Zum Bischofssitz machte der Papst Oliva und bestimmte die Pfarrkirche von Oliva, die alte Zisterzienserkirche, als Kathedrale. Am 3. Januar 1926 ernannte der Papst Eduard Graf O'Rourke zum ersten Bischof von Danzig¹.

Der bevölkerungsmäßige Anteil der Katholiken

Im Gebiet des späteren Bistums Danzig lebten am 1. Dezember 1910 112 692 Einwohner katholischer Konfession, das waren 34,1 v. H. der Gesamtbevölkerung des späteren Bistums. Bis zum 1. 11. 1923 stieg die Zahl der Katholiken auf 130 174 (35,5 v. H. der Gesamtbevölkerung) an. Am 19. August 1929 hatten die Katholiken Danzigs mit 157 407 einen

Anteil von 38,6 v. H. an der Gesamtbevölkerung, die 407 517 zählte². Das stärkere Anwachsen des katholischen Bevölkerungsteils erklärte sich durch den verstärkten Zuzug von Katholiken und durch den, gegenüber den Nichtkatholiken, stärkeren Geburtenüberschuß³. Ihre politische Vertretung hatten die deutschen Danziger Katholiken - ebenso wie in Deutschland - durch die Zentrumsparlei. Diese war von 1920 bis 1933 an den jeweiligen Danziger Regierungen beteiligt. Die polnischen Katholiken des Freistaats hatten eine eigene politische Partei; sie war klein und bedeutungslos.

Die Ziele des nationalsozialistischen Angriffes gegen die Kirche

Am 20. Juni 1933 kamen die Nationalsozialisten auch in Danzig an die Macht. Erster Präsident des Senats - bis zu seinem Zerwürfnis mit Hitler, dem monatelange Auseinandersetzungen mit dem Gauleiter Albert Forster vorangegangen waren - war Dr. Hermann Rauschning, dem am 28. November 1934 Arthur Karl Greiser folgte.

In Danzig schien zunächst für die Katholische Kirche eine andere Lage zu bestehen als in Deutschland. Die vom Völkerbund garantierte, durch „revolutionäre Akte“ nicht zu ändernde Verfassung gewährleistete den Danzigern volle Glaubens- und Gewissensfreiheit (Artikel 96). Die Kirchen genossen einen besonderen strafrechtlichen und polizeilichen Schutz. Der Sonntag und die staatlich anerkannten Feiertage waren als Tage der Arbeitsruhe und der seelischen Erhebung durch den Artikel 100 der Verfassung geschützt. Die Freiheit der religiösen Propaganda war durch die Artikel 79 und 84 der Danziger Verfassung gewährleistet. Kirchliche Umzüge waren nicht anmeldepflichtig. Die Freiheit der religiösen Kindererziehung gewährleistete Artikel 106, Abs. 2 der Danziger Verfassung: „Der Religionsunterricht ist ordentliches Lehrfach der Schule. Er wird in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgesellschaften unbeschadet des Aufsichtsrechts des Staates erteilt.“ Das Recht, religiöse Vereine und Gesellschaften zu bilden, leitete sich aus Artikel 85 der Danziger Verfassung ab.

Trotz des Schutzes der Kirchen durch die Verfassung verfolgte die nationalsozialistische Gewaltherrschaft auch in Danzig das Ziel, die

Kirchen so zu schwächen, daß aus ihnen eine Einheitskirche „gebaut“ werden konnte. Vorerst freilich formulierte man noch vorsichtig und nicht eindeutig, und man begnügte sich mit dem, was Gauleiter Albert Forster im Parteiorgan „Der Danziger Vorposten“ und in der gleichgeschalteten Danziger Presse am 28. April 1934 schrieb:

„Wir müssen uns dessen bewußt sein, daß diese Erziehungsaufgabe außerordentlich schwierig ist und deswegen auch nicht in einigen Jahren durchgeführt werden kann. Jahrzehnte, vielleicht Jahrtausende werden notwendig sein. Die Widerstände, die sich uns in unserer Arbeit da und dort entgegenstellen, müssen niedergebroschen werden. Tagtäglich erleben wir, daß unsere früheren inneren Gegner frech zu werden versuchen.“ „Man hat manches Mal das Gefühl, als ob diese Menschen geradezu darauf ausgehen, irgend ein Gebiet ausfindig zu machen, um von neuem Streit und Auseinandersetzungen mit anderen Partei- und Volksgenossen zu bekommen.“ „Wir alle wissen, daß nichts beklagenswerter ist, als die Tatsache, daß wir in Deutschland zwei verschiedene große Konfessionen haben, bei deren Beurteilung es fraglich erscheint, welcher von beiden es einmal gelingen wird, nach der politischen Einigung eine glaubensmäßige Einigung herbeizuführen bzw. ob überhaupt eine dieser beiden Konfessionen von der Vorsehung dazu ausersehen ist, das religiöse Leben unseres Volkes zu befriedigen. Daß dieser Zustand des konfessionellen Zwiespalts einmal aufhören muß und aufhören wird, darüber sind wir uns alle klar. Sinnlos ist es, wenn angesichts der augenblicklichen Lage in unserem Volk kleine Geister glauben, sie seien vom Schöpfer dazu ausersehen, den uns allen unsympathischen Zustand durch Gründung neuer Glaubensbewegungen zu ändern.“ „Um (das) . . . erstrebenswerte Ziel zu erreichen, werden wir mit Argusaugen darüber wachen, daß sich niemand untersteht, Reden zu halten und ein Benehmen an den Tag zu legen, das dazu angetan sein könnte, der nationalsozialistischen Bewegung in irgendeiner Form Abbruch zu tun oder als Sabotage am nationalsozialistischen Staat aufzufassen wäre. Unser Hauptaugenmerk wird und muß dabei auf die Jugend gerichtet sein. Daher werden wir es nicht zulassen, daß die Jugend in einem anderen als im nationalsozialistischen Geiste erzogen wird.“

Die Nahziele der NSDAP in ihrem Kampf gegen das Christentum waren: Die Schwächung und schließlich die Vernichtung des blühenden christ-

lichen Vereinslebens sowie der christlichen Wohlfahrtstätigkeit, die Entfremdung der Jugend von der Kirche durch neuheidnische Lehren, Sitten und Gebräuche, bei gleichzeitiger Verhöhnung und Verspottung der Ausdrucksformen und Riten der christlichen Religionen. Später sollten die „großen Ziele“ durchgesetzt werden. Welcher Art diese sein würden, zeigten die Äußerungen Forsters in der Danziger Messehalle am 20. April 1937:

„Der 20. April 1889 war ein historischer Tag, da er die Schicksalswende von ganz Europa herbeigeführt hat. Das Schicksal hat Deutschland und damit der ganzen Welt einen Mann geschenkt, der nicht allein der größte deutsche Staatsmann, sondern auch der ganzen Welt ist. Man kann ihn nur in Parallele mit dem Sohn der armen Zimmermannsleute setzen, der vor 2000 Jahren geboren wurde und der den Kampf gegen das Judentum aufnahm, ihn aber nicht vollenden konnte. Dagegen ist es Deutschlands Führer gelungen, nicht allein diese Tat, sondern auch die soziale Frage zu lösen⁴“.

In engerem Kreise hatte Forster des öfteren geäußert, daß die NSDAP organisatorisch genauso aufgebaut worden sei wie die katholische Kirche. Es wäre also nicht allzu schwer, das Ziel zu erreichen: „Wenn die Zeit gekommen ist, dann holen wir die Pfaffen von den Kanzeln und Altären, und dann werden wir selbst von dieser Stelle dem deutschen Volke den Führer und seinen Nationalsozialismus predigen.“ Das „Kirchengewand“ sollte - auch darüber bestanden bereits konkrete Vorstellungen - ein brauner Talar mit großem Hakenkreuz sein⁵.

Der Beginn der Verfolgung

Nach der Volkstagswahl vom 28. Mai 1933 hatte am 20. Juni der Volkstag den neuen Senat der Freien Stadt Danzig gewählt. Von den zwölf Regierungsmitgliedern waren - einschließlich des Präsidenten des Senats - acht Nationalsozialisten, zwei gehörten der Zentrumsparterie an, zwei waren parteilos.

Weite Kreise der Zentrumsparterie waren gegen eine Beteiligung an der Regierung. Das zeigte sich besonders deutlich in einer Versammlung in der Sporthalle am 26. Juni, in der die Zentrumsparterie die Gründe

für ihre Beteiligung darlegte. Die gegen die Katholische Kirche in Deutschland gerichteten Maßnahmen, die Verhaftungen katholischer Priester, die Verbote katholischer Jugendvereine, alles das war so stark in der Erinnerung der Versammlungsteilnehmer, daß die Abneigung gegen das Zusammengehen mit den Nationalsozialisten immer wieder in starker Form zum Durchbruch kam. Senator Prälat Sawatzki erklärte, die Nationalsozialisten wären von sich aus an die Zentrums- partei herangetreten. Wahrscheinlich hätten außenpolitische Gründe diese Haltung der Nationalsozialisten bestimmt. Das Zentrum hätte sich auch erst dann zu einer Regierungsbeteiligung bereitgefunden, nachdem folgendes zugesichert worden sei: Die Verfassung würde eingehalten werden - also auch das Vereins- und Versammlungsrecht -, die Pressefreiheit und die Stellung der Staatsbediensteten würden nicht angetastet werden. Diese Zusicherungen habe auch der Präsident des Senats, Dr. Hermann Rauschning, gegeben. Als Prälat Sawatzki über die Maßnahmen gegen die Kirchen sprach und dabei die Auflösung von kirchlichen Vereinen im Deutschen Reich und bestimmte Vorgänge beim katholischen Gesellentag erwähnte, kam es zu einer großen Erregung in der Versammlung.

Bereits wenige Wochen nach der Bildung der neuen Regierung richteten die Nationalsozialisten heftige Angriffe gegen das Zentrum und setzten diese Angriffe dann ununterbrochen fort. Der Gauleiter Albert Forster leitete persönlich diese Kampagne. Er und die NS-Zeitung „Der Danziger Vorposten“ forderten immer wieder, die Zentrums- partei solle sich auflösen. Eine gleiche Forderung erhoben die NS-Senatoren. Nachdem die Zentrums- partei wiederholt erklärt hatte, sie würde sich nicht auflösen, wurde immer mehr offensichtlich: für die Hereinnahme des Zentrums in die Regierung waren nicht die vorgeschobenen außenpolitischen Gründe maßgeblich gewesen, sondern die Absicht, das Zentrum von innen her aufzuspalten. Die Beauftragten Forsters tasteten schon seit Wochen sorgsam die vermeintlich „weichen Stellen“ des Zentrums ab. Nach dem Rezept Zuckerbrot oder Peitsche wurden katholische Männer und Frauen vielfältig und ohne Unterlaß beschworen, der deutschen Volksgemeinschaft, repräsentiert durch den Nationalsozialismus, nicht in den Rücken zu fallen, sondern ihr zu dienen und sich nicht dem „berechtigten Vorwurf“ auszusetzen, ein „Separatist und Landesverräter“ zu sein. Aber der Erfolg dieser

Methode war mäßig. Denn die katholischen Danziger wußten nach den in Deutschland gegebenen Beispielen, daß die Anhänger Hitlers „politischer Katholizismus“ und „Zentrumspartei“ sagten, jedoch die Katholische Kirche meinten.

Nach seinen eklatanten Mißerfolgen ging Forster nun zum offenen Angriff über. Schon seit dem Monat Juli hatte er einen Kreis von Renegaten und Opportunisten um sich gesammelt. Der Anführer dieser zunächst sehr kleinen Gruppe war der schon seit einiger Zeit mit dem Nationalsozialismus sympathisierende Senator Dr. Willibald Wiercinski-Keiser. Das Mißtrauen, das die Zentrumspartei schon vor der Volkstagswahl gegen ihn hegte, wurde damit bestätigt. Es wurde jetzt auch deutlich, warum die NSDAP gerade auf diesen Mann als zweiten Senator des Zentrums bestanden und einen vom Zentrum benannten, zuverlässigen Volkstagsabgeordneten strikt abgelehnt hatte. Am 10. September 1933 erklärte Wiercinski-Keiser seinen Austritt aus der Zentrumspartei. Gleichzeitig veröffentlichte der Leiter des Danziger Landesverbandes der Windthorstbünde eine Erklärung, in der die Auflösung des Bundes als politische Formation der Katholischen Jugend verkündet wurde. Gleichzeitig forderte er die Gefolgschaft zur vorbehaltlosen Mitarbeit in den NS-Formationen auf, „um frei und ehrlich kämpfen zu können für ‚Christi Reich‘ in einem neuen Deutschland“. In einem von zwei katholischen Jugendführern gezeichneten Aufruf, wurden auch die Anhänger dieser Organisation zum Bekenntnis für den „neuen Staat“ aufgerufen: „Wir bejahen den neuen, von der nationalsozialistischen Bewegung geformten Staat und sind bereit, an seiner Vollendung mit unserer ganzen unverbrauchten Kraft mitzuschaffen“⁶. Bereits zwei Tage später stellten sich diese Erklärungen als eigenmächtige Maßnahmen von Jugendführern heraus. Die „Danziger Landeszeitung“ (DL) berichtete, daß der Zentrumspartei bereits Zuschriften fast aller Bünde zugegangen seien, in denen Empörung über dieses eigenmächtige Verhalten und den offensichtlichen Treuebruch zum Ausdruck gebracht wurden. Auch das Vorgehen des Vorsitzenden der Katholischen Jugend wurde als unrechtmäßig bezeichnet. Die DL schrieb, daß die beiden Herren, die das „Bekenntnis der katholischen Jugend zum neuen Staat“ unterschrieben hätten, scheinbar inzwischen selbst unsicher geworden seien. Sie erklärten jetzt, daß „von keiner Seite beabsichtigt sei, die Selbständigkeit der katholischen Jugendor-

ganisationen anzutasten, ihren Bestand zu gefährden oder sie sogar aufzulösen". Am 12. September 1933 veröffentlichte die DL folgende Erklärung von „maßgeblicher kirchlicher Seite“:

„Die Erklärung von zwei Jugendführern der Katholischen Jugend, Spitzenorganisation der Katholischen Jugendvereine, die unter Mitwirkung des Herrn Senators Dr. Wiercinski-Keiser und der Senatspressestelle herausgegeben wurde, hat den Erfolg gehabt, daß fast sämtliche katholischen Jugendorganisationen ihre Zugehörigkeit zu der Spitzenorganisation ‚Katholische Jugend‘ zurückgezogen haben. Es wird eine rein kirchliche, pfarrlich gegliederte Zentralorganisation geschaffen werden . . . ”

Am gleichen Tage erklärten - nach einer entsprechenden Einwirkung des abtrünnigen Senators - zwanzig katholische Beamte, daß sie ihre Beziehungen zur Zentrumsparterie lösen würden, um sich „mit allen Kräften für die Umgestaltung unseres völkischen und staatlichen Lebens und die Erneuerung unseres Volkes im Sinne der neuen Staatsführung einzusetzen“. Ein bei weitem größerer Teil der katholischen Beamten hatte kategorisch einen Austritt abgelehnt. In einer amtlichen Verlautbarung des von den Nationalsozialisten geführten Senats der Freien Stadt Danzig vom gleichen Tage begrüßte der Senat „mit besonderer Genugtuung und Freude den unter Führung des Herrn Senators Wiercinski-Keiser erfolgten Austritt der Windthorstbünde und der katholischen Jugend Danzigs, sowie anderer Gruppen aus dem Zentrum als ihr klares Bekenntnis zur neuen deutschen Volksgemeinschaft“. Dem Einzelnen, so hieß es dann, dürfe aus seiner früheren Tätigkeit ein Nachteil nicht erwachsen; sie müßten alle „als vollwertige Träger des neuen Staatsgedankens und Sachwalter der Volksgemeinschaft betrachtet“ werden⁷.

Die Zeitung des Gauleiters Forster schrieb dagegen zum gleichen Thema: „Bei aller Freude darüber, daß unsere Idee sich auch bei den früheren Gegnern durchgesetzt hat, wird die NSDAP als Parteiorganisation niemals vergessen, wie das Verhalten jetziger Freunde früher einmal war“.

Die Zentrumsparterie hatte sofort nach dem Eintritt von Wiercinski-Keiser in die NSDAP seinen Rücktritt verlangt. Am 20. September fanden zwei sehr kurze Sitzungen des Volkstages statt, die erste dauerte zehn, die zweite weniger als fünf Minuten. Nach der Verlesung

eines Schreibens von Wiercinski-Keiser an den Präsidenten des Volkstages, in dem er mitteilte, daß er sein Amt als Senator mit dem 19. September 1933 niederlege, erfolgte „die Neuwahl eines Senators“. Der NS-Abgeordnete Hans Hohnfeldt schlug als neu zu wählenden den eben zurückgetretenen Senator vor. Die NS-Abgeordneten wählten ihn. Die Zentrumsparlei verlor damit einen ihrer beiden Sitze im Senat. Zwei Tage danach erklärte sie ihren Austritt aus der Regierung.

Nachdem auch diese hinterhältigen Versuche Forsters im wesentlichen mißlungen waren, gab er den Befehl zu schärfsten Angriffen. Eröffnet wurde diese Kampagne von ihm selbst am 1. Oktober 1933 mit einem Artikel „Der Verrat des Zentrums“ in seiner Parteizeitung.

Forster sagte „rücksichtslosesten Kampf“ an: „Was die Zentrumsparlei hier tut in Danzig, ist Verrat am Deutschtum in dieser Stadt. Denn damit, daß sie es verhindert, daß auch hier die Gemeinschaft endgültig wird und einzelne Interessen aufhören, macht sie sich eines Verbrechens an Danzig schuldig. Und so wie sich in Deutschland die Schuld des Zentrums gerächt hat, so wird sie sich auch hier eines Tages noch bitterer rächen als im Reich.“

Der Kampf der Nationalsozialisten gegen die katholische Kirche, der nie geruht hatte, wurde sofort verstärkt als die Zentrumsparlei wegen der Heimtücke der Nationalsozialisten aus der Regierung austrat. Katholische Beamte wurden daraufhin aus führenden in Stellen minderer Bedeutung versetzt, katholische Angestellte und Arbeiter wurden entlassen. Die Veranstaltungen katholischer Vereine wurden gesprengt oder ihre Veranstalter und Besucher erheblichen Belästigungen ausgesetzt. Mitglieder katholischer Jugendvereine wurden überfallen, Krawalle wurden provoziert. Bei den Geistlichen fanden willkürliche Haussuchungen statt, sie wurden bespitzelt und wiederholt kriminalpolizeilichen Vernehmungen unterworfen.

Mit welchen demagogischen Verdrehungen die NS-Regierung selbst gegen einzelne, den Nationalsozialisten besonders verhaßte katholische Geistliche vorging, zeigte eine mit Drohungen gegen den Dekan Johannes Aeltermann durchgesetzte Presseinformation, die die Regierung am 6. Oktober 1933 den Zeitungen des Freistaats zuleitete. Die Absicht dieser Presseinformation war fraglos die Aufwiegelung der Anhänger des Nationalsozialismus und des evangelischen Volksteils gegen einen katholischen Priester, der sich beim NS-Senat über die dem gültigen

Verfassungsrecht entgegenstehenden nationalsozialistischen Sitten und Gebräuche beschwert hatte, keineswegs aber - wie die Presseinformation wahrheitswidrig behauptete - über eine unterschiedliche Behandlung katholischer und evangelischer Christen⁸.

Am 26. Oktober 1933 richtete die Zentrumsfraktion des Danziger Volkstages an den Präsidenten des Senats Dr. Hermann Rauschnig ein Schreiben, in dem sie auf die gegen Angehörige des Zentrums gerichteten Entlassungs- und Versetzungsaktionen hinwies. Die Fraktion erhielt keine Antwort. Aber am 31. Oktober 1933 gab der Innensenator und stellvertretende Senatspräsident Arthur Karl Greiser vor Polizeibeamten eine öffentliche Antwort: „Zentrumsangehörige haben jetzt im Beamtenkörper nichts mehr zu suchen, denn sie sind Feinde des Staates.“

Da die Verfolgungen, so hart sie für die Betroffenen auch waren, ihren Zweck nicht erreichten, sondern einen noch festeren Zusammenschluß der Danziger Katholiken erbrachten, führte die NS-Regierung weitere Maßnahmen durch, um die Katholiken im außerkirchlichen Bereich zu schwächen⁹. Damit der Schein der Verfassungstreue gewahrt wurde, schuf die Regierung keine neuen Gesetze, sondern sie arbeitete mit verfassungswidrigen „Rechtsverordnungen“.

Am 3. November 1933 wurden der Verlagsleiter der „Danziger Landeszeitung“, Kilian, und ihr Chefredakteur Dr. Teipel in „Schutzhaft“ genommen. Sie saßen drei Wochen lang in dem von den Nationalsozialisten - weil die bisherigen Gefängniszellen nicht mehr ausreichten - neuerrichteten Polizeigefängnis in Danzig-Weichselmünde. Dr. Teipel, der Reichsdeutscher war, wurde danach unter Verletzung der Verfassung nach Deutschland ausgewiesen und dort sofort in längere Schutzhaft genommen. Am gleichen 3. November verbot der Polizeipräsident Hellmut Froböß die „Danziger Landeszeitung“ für eine Woche. Es war ein abgekartetes Spiel. Denn nach dieser Woche erschien die Zeitung wieder, aber sie war irzwischen - mittels finanzieller Manipulationen - gleichgeschaltet worden¹⁰. Dr. Wiercinski-Keiser hatte auch bei dieser Gleichschaltung wieder mitgewirkt. Dies ging u. a. aus einer Veröffentlichung im Staatsanzeiger hervor. Alle alten Aufsichtsratsmitglieder wurden - mit Ausnahme von Wiercinski-Keiser - abgelöst von Männern, die die Zentrumsparlei verlassen hatten. Sie waren, mit einer Ausnahme, Beamte¹¹.

Als der Zentrumsparterie nahestehendes Presseorgan erschien daraufhin die „Danziger Volks-Zeitung“ (DV-Z), zunächst einmal, später zwei- bis dreimal wöchentlich, ab Mitte 1936 bis zu ihrem endgültigen Verbot im Jahre 1937 werktätlich. Sie wurde seit ihrem Erscheinen ständig geknebelt und zwar durch willkürliche Beschlagnahmen und mehrfache monatelange Verbote. Ende Februar 1934 kritisierte die DV-Z das Verhalten einiger nationalsozialistischer Lehrer an der Oliwaer katholischen Schule. Besondere Klage wurde von ihr geführt über die Behandlung derjenigen Schulkinder, die zur katholischen Jungschar gehörten. Die Lehrer versuchten daraufhin, sich durch eine Zuschrift an die gleichgeschalteten „Danziger Neuesten Nachrichten“ zu rechtfertigen. In dieser Zuschrift hieß es:

- „1. Es ist nicht richtig, daß Schulkinder, die sich zur uniformierten Jungschar bekennen, während des Unterrichts schikaniert werden. Sie werden deswegen von den nationalsozialistischen Lehrern weder bestraft, noch durch die Drohung geschreckt, daß sie nicht versetzt würden.
2. Es ist unrichtig, daß ein Lehrer einen Anhänger der Christusjugend als Landesverräter bezeichnet hat.
3. Es ist auch nicht richtig, daß abfällige und gehässige Bemerkungen über die Geistlichen in der Schule gemacht werden.
4. Wahr ist dagegen, daß bis zur Einführung der uniformierten Christusjugend Ruhe und Frieden in der katholischen Schule herrschten.
5. Richtig ist ferner, daß wir Lehrer der neuen Zeit dauernd bemüht sind, die uns anvertrauten Kinder zur wahren und zur unverfälschten Volksgemeinschaft zu erziehen.“

Durch diese „Berichtigung“ sagten die nationalsozialistischen Lehrer unbeabsichtigt manches, was bis dahin so eindeutig öffentlich noch nicht gesagt worden war.

Terror der Hitlerjugend und staatliche Maßnahmen gegen die katholischen Jugendorganisationen

Vom März 1934 setzte, nachdem weitere Gleichschaltungsversuche keinen Erfolg gezeitigt hatten, ein unverhüllter Kampf gegen die katholische Jugend ein. Die Vorfälle, die sich am Sonntag, dem 11. März 1934,

anlässlich eines Umzuges der katholischen „Christus-Jugend“ in Danzig-Oliva ereigneten, zeigten das sehr deutlich: An dem genannten Sonntag fand in Oliva ein Treffen der Jungschargruppen der Diözese statt. Etwa 1000 Jungen waren zu diesem Treffen gekommen. Eine Danziger Jungschargruppe traf verspätet ein, weil sie bei ihrem Marsch nach Oliva wegen organisierter Belästigungen durch die Hitlerjugend mehrfach ihre Marschrouten ändern mußte. Beim Einschwenken dieser Gruppe auf den Platz vor der Kathedrale wurden diese Jungen von der herumstehenden Hitlerjugend als „Landesverräter“ und „Vaterlandsverräter“ beschimpft. Ihre Wimpel wurden angespien. Dabei kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem Führer der Jungschargruppe und einem der Hitlerjungen. Während ein Polizeibeamter im Pfarrhaus die Personalien des Hitlerjungen feststellte, marschierte eine SA-Abteilung vor dem Pfarrhaus auf und verlangte die „Herausgabe“ des Hitlerjungen. Der Polizeibeamte lehnte ab, worauf die SA abmarschierte. Die Störaktionen gegen das Treffen gingen planmäßig weiter. Zu einer großen Erregung kam es bei den Festteilnehmern, als auf einer Straße, die von dem Festzug gekreuzt wurde, Hitlerjungen mit einem Sarg erschienen, der die Aufschrift trug: „Das Zentrum ist tot“. Die Polizei veranlaßte dann, daß der Sarg beiseitegeschafft wurde. Am Tag darauf behauptete der „Oberbann der HJ“ in einer die katholische Geistlichkeit beleidigenden Form, bei dem Vorfall vor der Kathedrale sei der Hitlerjunge mißhandelt worden, obwohl der Junge dem Polizeibeamten gegenüber dies verneint und auch sein Vater dies ebenfalls verneint hatte.

Die gleichgeschaltete „Danziger Landeszeitung“ schrieb zu den Vorfällen, daß es zwecklos sei und nicht vorwärts führe, „allein in der Schuldfrage eines Vorfalls herumzustochern, der doch nur äußeres Symptom einer Situation ist, deren Tragik jeden zutiefst anrühren muß“. Sie schrieb weiter: „Geht es hier wirklich und zuletzt um Rechte? . . . Diese Position des sturen Rechtsfanatismus muß mit aller Gründlichkeit und Härte zerschlagen und entlarvt werden, weil sie im Wege steht.“ Daß die terroristischen Aktionen der Hitlerjugend gegen den Umzug der Christus-Jugend in Oliva wirklich nur das Ziel gehabt hatten, die Gleichschaltung zu erzwingen, zeigte sich schnell. Denn anderntags wurde in scharfer Form von der „Danziger Landeszeitung“ die Forderung nach der Gleichschaltung der katholischen Jugendverbände

Danzigs erhoben. Daraufhin richteten die katholischen Pfarrer Danzigs ein Schreiben, das von Dekan Sawatzki unterzeichnet war, an diese Zeitung. In dem Schreiben hieß es: ‚Die Katholische Kirche und die katholische Bevölkerung schützt . . . die Verfassung der Freien Stadt Danzig, deren Garant der Völkerbund ist. Artikel 85 der Verfassung sagt: Alle Staatsangehörigen haben das Recht zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine oder Gesellschaften zu bilden. Dieses gilt auch für religiöse Vereine und Gesellschaften. Wir Pfarrer würden eine schwere Pflichtvergessenheit begehen, wenn wir uns dieses Recht nehmen lassen wollten.‘

Nach diesen Olivaer Vorgängen hätte es naheliegen müssen, mit staatlichen Ordnungsmitteln die fortgesetzten Provokationen der Hitlerjugend gegen Andersdenkende abzustellen. Stattdessen wurde eine bereits bestehende Verordnung über die Zugehörigkeit der Schüler zu Vereinigungen innerhalb und außerhalb der Schule von dem nationalsozialistischen Kultussenator Adalbert Boeck so neugefaßt, daß die Zugehörigkeit von Schülern zu religiösen Vereinen nur dann gestattet war, wenn sich diese auf die religiöse Unterweisung ihrer Mitglieder beschränkten und nur auf religiösem Gebiet (Bibelstunde, Andachten) betätigten. Uniformen bzw. Schulterriemen durften nicht getragen werden. Diese Vereine durften auch weder geschlossen marschieren noch Leibesübungen treiben. Der Hitlerjugend war weiterhin alles das erlaubt, was den anderen Organisationen verboten war. Sie durfte sogar an „politischen“, d. h. an parteipolitischen Veranstaltungen der NSDAP teilnehmen. Für die Rechtfertigung jeglicher Willkür nationalsozialistischer Lehrer war in diese verfassungswidrige Verordnung eine Bestimmung eingebaut, die besagte, daß die Schulaufsichtsbehörde das Recht habe, den Schülern und Schülerinnen die Zugehörigkeit zu jeder Vereinigung zu verbieten, „wenn durch die Vereinszugehörigkeit Führung und Leistungen des Schülers beeinträchtigt oder die unterrichtlichen und erzieherischen Aufgaben der Schule gefährdet werden“. Daß diese Bestimmung sich nur auf nichtnationalsozialistische Vereine bezog, stand außer Zweifel. Schülervereine, deren Ziel die Politisierung ihrer Mitglieder im Sinne der NSDAP war, um deren Totalitätsansprüche auf die Jugend durchzusetzen, hatten weiterhin eine ungehinderte Betätigungsmöglichkeit. In dem bereits zitierten in der NS-Zeitung „Der Danziger Vorposten“ am 28. April 1934 veröffentlichten

Artikel, der sich besonders mit religiösen und erzieherischen Problemen befaßte, erklärte Forster, daß das Hauptaugenmerk der NSDAP auf die Jugend gerichtet sein müsse: „Daher werden wir es nicht zulassen, daß die Jugend in einem anderen als im nationalsozialistischen Geiste erzogen wird.“

Am 7. April 1934 erklärte Präsident Dr. Hermann Rauschning bei einer Kundgebung der NSDAP in der Danziger Sporthalle:

„Auch die Rolle des politischen Katholizismus ist ausgespielt. Was sich hier in der Behauptung einer vermeintlichen Aufgabe noch abspielt, ist nichts als nackter Machtkampf und hat weder mit Christentum noch mit dem Volke etwas zu tun. Wir weisen es mit aller Entschiedenheit zurück, daß man den Kampf um äußere Macht verbrämt als einen solchen für gefährdete Glaubensgüter. Es hätte ja keinen Sinn, sich um solche Güter noch zu bemühen, wenn der Nationalsozialismus nicht noch in letzter Stunde auch die Kirche vor dem Kommunismus gerettet hätte. Wir müssen es uns jedenfalls verbitten, daß man uns den Kampf gegen einen Mißbrauch religiöser Pietät und gläubiger Hingabe zu politischen Zwecken, wie sie der politische Katholizismus treibt, auslegt als einen Kampf gegen Christentum und Religion.“ „Wenn der politische Katholizismus seine machtpolitischen Ambitionen rechtzeitig, wie es unser wiederholter Vorschlag gewesen ist, preisgegeben hätte, so wäre gerade mit diesen kirchlichen Kreisen eine Verbindung gelungen, die in der Natur der Sache begründet liegt. Gerade in den gutgesinnten Kreisen des Zentrums war eine soziale Gesinnung lebendig, die unschwer den Übergang zu echtem Nationalsozialismus hätte finden können¹².

Auch diese Rede Rauschnings konnte nur als eine neuerliche Kampf-ansage gegen die katholische Kirche gedeutet werden. Wenig später wurde diese Deutung bestätigt.

Die Angriffe auf die Pfarr-Caritas

Die NSDAP verfolgte unbeirrbar das Ziel, in alle Bereiche des Lebens einzudringen, um dann in der schroffsten Form die Macht an sich zu reißen. So plante der Gauleiter Forster bereits im Sommer 1933 die

Wohltätigkeitsarbeit der Kirche zu „übernehmen“. Der Zweck: Die Nationalsozialisten wollten sich ein politisches Druck- und Beeinflussungsmittel schaffen. Bereits bei dem „Winterhilfswerk“ 1933/34 zeigte sich diese Tendenz. Es wurde ein allgemeines Sammelverbot erlassen, zunächst für den Winter, dann aber wurde das Verbot über den Winter hinaus verlängert. Dieses Sammelverbot richtete sich lediglich gegen die nichtnationalsozialistischen Wohlfahrtseinrichtungen, insbesondere aber gegen die der Kirchen.

Im Mai 1934 wurden von den Nationalsozialisten Vorträge in ausgewählten Kreisen gehalten und danach öffentliche Versammlungen veranstaltet. Sie zielten darauf ab, den Danzigern die Übernahme der gesamten freien Wohlfahrtstätigkeit durch die NS-Volkswohlfahrt (NSV) schmackhaft zu machen. In ganz besonderer Weise richteten sich diese Bemühungen wieder gegen die konfessionellen Verbände. Die hauptsächlichsten Angriffe galten jedoch der katholischen Pfarr-Caritas, da man von dem den Nationalsozialisten ergebenen, von ihnen zum evangelischen Bischof ernannten „Deutschen Christen“ Johannes Beermann ernsthafte Widerstände nicht erwartete. Zur stimmungsmäßigen Vorbereitung wurde der Gaubeauftragte der Nationalsozialistischen Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher, der Senator Dr. Willibald Wiercinski-Keiser, eingesetzt. Diese Arbeitsgemeinschaft war von Forster gegründet worden, um den katholischen Volksteil Danzigs zu spalten. Sie hatte jedoch keine nennenswerten Erfolge aufzuweisen und löste sich bald auf. Mitte Mai 1934 erklärte der genannte Gaubeauftragte der Arbeitsgemeinschaft, er habe niemals der Kirche das Recht der Caritas bestritten, und er wisse nur zu gut, „daß es eine der wichtigsten Aufgaben der Kirche ist, uns Katholiken für die Caritas zu erziehen. Wenn aber heute die gesamte caritative Fürsorge des Volkes in der NS-Volkswohlfahrt zusammengefaßt wird, um jede unnötige Zersplitterung der Kräfte zu vermeiden, dann hat der katholische Deutsche die Pflicht, an diesem Werk mitzuhelfen“.

Ende Mai sprach vor Pressevertretern, gewissermaßen also als Krönung der gestarteten Vortrags- und Versammlungswelle, der vom NS-Senat zum Staatskommissar für die gesamte freie Wohlfahrtspflege berufene und mit allen Vollmachten ausgestattete Senator für Volksaufklärung, Propaganda und Soziales, Paul Batzer, der gleichzeitig der Leiter der NS-Volkswohlfahrt war. Batzer erklärte der Presse, daß

die Regierung „absolut nicht die Absicht hat, dem Wirken der Konfessionen Hemmungen zu bereiten“. Doppelzünftig sagte er dann, der Senat sei jetzt entschlossen, energisch gegen die Pfarr-Caritas Front zu machen, deren Gründung und Tendenz nach Ansicht der Regierung als eine Kampfmaßnahme konfessioneller Kreise gegen die Regierung aufzufassen sei. Er präziserte: Sämtliche konfessionellen Sonderverbände, die sich den „wohlgemeinten Senatsverordnungen“ über die weitgehende Zusammenarbeit aller Bevölkerungskreise zur Linderung der Not nicht gutwillig fügten, besäßen keine Existenzberechtigung mehr, und es sei gegen sie demgemäß ein Einschreiten mit gesetzlichen Mitteln in kürzester Zeit zu erwarten. Künftighin, so erklärte der Senator weiter, würden im Jahr nur zwölf Sammeltage genehmigt werden, und zwar in jedem Monat einer. Es sei selbstverständlich, daß die meisten dieser Sammeltage der NS-Volkswohlfahrt zukämen. Der evangelischen Inneren Mission, dem katholischen Caritas-Verband und dem Roten Kreuz werde das Recht zugebilligt werden, einmal im Jahr Geldmittel zu sammeln. Jedoch würde der Senat die Geldmittel und ihre Verwendung kontrollieren. Das war als eine Diskriminierung der drei genannten Wohlfahrtsverbände gedacht und wurde auch so von den Journalisten verstanden.

Ein polnischer Vikar erhält Amtsverbot, ein katholischer Jugendführer wird bestraft

Am 14. August 1934 berichtete die polnische Telegraphen-Agentur, daß der Senat der Freien Stadt Danzig dem katholischen Geistlichen Szymanski, Vikar bei der St. Josephskirche, die Ausübung seiner Tätigkeit als Geistlicher auf dem Gebiet des Danziger Freistaates verboten habe. Der Vikar hatte seine seelsorgerische Tätigkeit unter dem verhältnismäßig kleinen polnischen Bevölkerungsteil Danzigs schon seit fünf Jahren ausgeübt. Er war polnischer Staatsangehöriger und aus Kulm nach Danzig versetzt worden, weil Mangel an Geistlichen bestand, die die polnische Sprache beherrschten. Besonders bemerkenswert war, daß sich der Senat in seiner Maßnahme auf eine alte deutsche Verordnung vom 11. Mai 1873, also aus den Zeiten des Kulturkampfes, berief.

Am gleichen Tag stand der 25 Jahre alte Kontorist Hugo Fox vor dem Danziger Schöffengericht. Fox war angeklagt, am 12. Juni, nach dem Verlassen der Kirche, unter der Jacke ein Grünhemd mit Koppel und Schulterriemen getragen zu haben. Fox betonte, es sei nicht verboten, Uniformen in einem geschlossenen Raum zu tragen. Wenn er das Gesetz hätte übertreten wollen, so hätte er das Jackett nicht überzuziehen brauchen. Fox war bereits am 21. Juli zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden, weil er als Führer der Christus-Jugend seinen Schutzbefohlenen aufgegeben hatte, die verbotenen Grünhemden in ein Gemeinschaftslager nach Marschau mitzunehmen und dort zu tragen. Mit Fox wurden damals vier weitere katholische Jugendführer verurteilt. Der Staatsanwalt war der Meinung, daß sich Fox wieder schuldig gemacht habe; denn es sei gleichgültig, ob er das Jackett getragen hätte oder nicht. In dem Tragen des Grünhemdes im Gemeinschaftslager und in der Kirche sah er eine fortgesetzte Handlung und beantragte eine Zusatzstrafe von einem Monat Gefängnis. Obwohl der Rechtsbeistand des Angeklagten dem Gericht eindringlich klarmachte, daß das Anziehen der Uniform allein nicht strafbar sei, sondern nur das Zurschaustellen, wurde Fox verurteilt. Er erhielt eine Zusatzstrafe von zwei Wochen Gefängnis. Diese Urteile lösten große Empörung bei dem großen Teil der Danziger Bevölkerung aus, der den Nationalsozialismus ablehnte. Es gab sogar zahlreiche Angehörige der NSDAP, die diese harten Urteile nicht billigten.

Die katholischen Geistlichen wenden sich an den Heiligen Stuhl und an den Völkerbund

Im September 1934 wandten sich die katholischen Pfarrer der Diözese Danzig wegen der katholischen Jugendvereine Danzigs an den Hohen Kommissar des Völkerbundes, den Iren Seán Lester. Am 25. September 1934 veröffentlichte dazu die „Danziger Volks-Zeitung“ folgende Erklärung, die von Dr. Moske, Pfarrer von St. Brigitten, unterzeichnet war:

„Es ist wahr, daß die katholischen Pfarrer sich wegen der katholischen Jugendorganisationen mit einem Antrage an den Hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig gewandt und um eine autoritäre Ent-

scheidung hinsichtlich einiger Senatsverordnungen gebeten haben. Dies ist geschehen, nachdem die Bemühungen bei den zuständigen staatlichen Stellen um Gleichberechtigung der katholischen Jugendvereine mit anderen Jugendorganisationen erfolglos geblieben waren. Die ‚Danziger Landeszeitung‘ bezeichnet das Vorgehen der Pfarrer als ‚falsche Methode‘. Auf die politischen Ausführungen der ‚Landeszeitung‘ brauchen wir nicht einzugehen. Denn unser Schritt ist uns von unserem religiösen Gewissen diktiert worden. Wir katholischen Pfarrer sind uns unserer, aus göttlichem und kirchlichem Gebot entspringenden Pflicht bewußt, für die Rechte der Kirche mit allen gesetzlichen Mitteln einzutreten und als Führer in religiösen Dingen unserem katholischen Volke zu dienen. Wir sind der Überzeugung, daß wir beides mit unserem Volkstum sehr gut vereinbaren können. Bei dieser Gelegenheit soll einmal offen ausgesprochen werden, was noch nicht alle Katholiken wissen: Wir katholischen Pfarrer haben uns vor einigen Monaten mit unseren Sorgen und Nöten an den Heiligen Stuhl in Rom gewandt, und der Heilige Stuhl hat in einem Schreiben an uns die Erwartung ausgesprochen, daß die Pfarrer der Diözese Danzig auch in Zukunft die heiligen Rechte der Kirche wirksam verteidigen werden.“ Am 23. Januar 1935 veröffentlichte Pfarrer Dr. Emil Moske, der die Petition an den Völkerbundskommissar unterzeichnet hatte, folgende Erklärung:

„Gegenüber irreführender Berichterstattung der nationalsozialistischen und gleichgeschalteten Presse erkläre ich:

1. Die Eingabe an den Herrn Hohen Kommissar des Völkerbundes in Danzig vom 30. August vorigen Jahres in Sachen der katholischen Jugendverbände, die in der Sitzung des Völkerbundsrates am 18. Januar auf der Tagesordnung stand, hat mit der Zentrumspartei und der in dieser Ratssitzung erwähnten Eingabe der Zentrumspartei nichts zu tun. Es handelt sich hier ausschließlich um einen Schritt der katholischen Pfarrer, der nicht mit der Politik einer Partei verquickt werden darf, da er keine politische, sondern eine religiöse Angelegenheit betrifft.

2. Diese Eingabe ist nicht ‚von zwei katholischen Geistlichen‘ eingereicht worden, sondern von sämtlichen fünfzig Pfarrern, bzw. Pfarrverwesern der Diözese Danzig, also von allen verantwortlichen geistlichen Führern aller Pfarrgemeinden der Diözese.

3. Die Behauptung des Herrn Senatspräsidenten Greiser vor der internationalen Presse in Genf, daß die katholischen Pfarrer durch ihr Gesuch an den Völkerbund der Regierung Schwierigkeiten bereiten wollten, und daß man sie in Danzig nicht ernst nehme, weise ich, falls diese Behauptung tatsächlich ausgesprochen worden ist, im Namen aller Pfarrer als Beleidigung auf das entschiedendste zurück."

Die Petition der katholischen Pfarrer Danzigs, die sich auf das Uniformverbot für katholische Jugendvereine bezog, wurde vom Dreier-Ausschuß des Völkerbundes am 7. September 1935 als berechtigt anerkannt. Der Dreier-Ausschuß erklärte, daß die Verordnung vom 4. April 1934 und ihre Anwendung mit den in den Artikeln 73 und 79 der Verfassung enthaltenen Grundrechten nicht vereinbar sei. Es werde in diesem Abschnitt ausdrücklich unterstrichen, daß alle Meinungen in Danzig auf Grund der Verfassung zulässig seien und daher auch ihren Ausdruck finden dürften.

Ausschreitungen gegen Pfarrer

Die Saarabstimmung, in der sich die Saarländer mit 91 von je 100 Stimmen für den Wiederanschluß an Deutschland entschieden hatten, wurde auch von den Danziger Nationalsozialisten mehr als ein starkes Bekenntnis für ihre Partei als ein Bekenntnis zum Deutschtum ausgelegt. In entsprechender, also parteipolitischer Form wurden dann auch alle ihre „Siegesfeiern“ gestaltet. Bei einer dieser Feiern in Tannsee im Danziger Freistaat kam es am 14. Januar 1935 zu Ausschreitungen gegen einen Pfarrer.

Zur Mittagszeit bestiegen zwei nichtkatholische Nationalsozialisten den Turm der katholischen Pfarrkirche, um die Glocken zu läuten. Der Ortspfarrer verbot dies, da nach den kanonischen Bestimmungen die geweihten Glocken nur nach Anweisung der Diözesanbehörde geläutet werden dürften. Die beiden Männer verließen unwillig den Turm.

Am Abend, gegen 19.30 Uhr, zog ein größerer Trupp von Nationalsozialisten, meist in Uniform oder Halbuniform, vor das Pfarrhaus. Mit Fäusten und Steinen wurde an die Türen und die geschlossenen Fensterläden getrommelt, einer dabei durchschlagen. Andere wurden ge-

waltsam von außen geöffnet und Fensterscheiben zertrümmert. Dabei wurde gemeinsam gerufen: „Hier wohnt ein Volksverräter!“ „Holt ihn raus!“ „Schlagt ihn tot!“ „Raus mit dem Pollak!“ „Wo sitzt der Pop? - Im Keller und macht huh!“ Erst nach eineinhalb Stunden, als der vom Amtsvorsteher herbeigerufene Landjäger aus Tiegenhof vor dem Pfarrhaus eintraf, wurde diesem Treiben verhetzter Menschen ein Ende bereitet.

Am Abend des 7. April 1935, dem Tage der Volkstagswahl, wurde das Pfarrhaus in Tiegenhagen überfallen und fast alle Fensterscheiben eingeschlagen, nachdem vorher die Telefonleitung durchschnitten worden war¹³. Am Tage nach der Wahl erstürmten fanatische Nationalsozialisten das Pfarrhaus in Neuteich und richteten unter haßerfüllten Drohungen schwere Verwüstungen an: weil in Neuteich „so schlecht gewählt“ worden war¹⁴.

Am 9. April 1935, am zweiten Tag nach der Volkstagswahl, wurde Dekan Johannes Aeltermann von der Gestapo - in Danzig zunächst „Politische Polizei“ genannt - verhaftet. Er sollte danach wegen eines angeblichen Verstoßes gegen § 130 a des Strafgesetzbuches („Kanzelmißbrauch“) vor Gericht gestellt werden. Auf Intervention des Bischofs und seines Generalvikars Magnus Bruski wurde er nach einer Woche aus der Haft entlassen. Bei seiner Heimkehr wurde er von seinen Pfarrangehörigen herzlichst begrüßt. Die SA organisierte darauf einen Überfall auf ihn, erstürmte das Pfarrhaus und beschädigte es. Der Dekan konnte sich in Sicherheit bringen, mußte sich aber wochenlang verborgen halten. Nach seiner Wiederkehr terrorisierten die Nationalsozialisten seine Pfarrangehörigen in der brutalsten Form. Nur wenige - die kleine Schar der ganz Getreuen - wagten es fortan noch, zum Gottesdienst zu kommen oder mit ihrem Pfarrer zu sprechen¹⁵.

Ein organisierter Überfall

Die Wahl zum Danziger Volkstag am 7. April 1935, von der Hitler, Goebbels und Forster „einen überwältigenden Sieg des Nationalsozialismus“ erwartet hatten, wurde zu einer Niederlage, trotz des Terrors und des - besonders in den Landgebieten - verübten erheblichen

Wahlbetruges¹⁶. Die erstrebte, für eine etwaige Verfassungsänderung notwendige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht. Forster, dem wegen dieser Niederlage in Danzig, die in vielen Ländern der Welt Aufsehen erregte, schwere Vorwürfe von Hitler gemacht wurden, beschloß, künftig einen individuellen Terror auf die Führer der demokratischen Parteien auszuüben.

Das erste Opfer war der Vorsitzende der Danziger Zentrumspartei, der Geistliche Studienrat Dr. Richard Stachnik. Am 17. Mai 1935 wurden er und mehrere ihn begleitende Mitglieder der Zentrumspartei nach einer Versammlung überfallen. Dr. Stachnik wurde niedergeschlagen und erlitt mehrere Verletzungen. Der Überfall, der sich besonders auf ihn konzentrierte, war planmäßig vorbereitet. So waren an dem Weg, auf dem der Überfall geschah, die Straßenlampen gelöscht worden, und der Trupp, der den Überfall verübte, hatte sich hinter Bäumen und Sträuchern verborgen gehalten. Bei dem Überfall riefen die Täter: „Der Kampf geht weiter!“ Einer der Hauptführer des Überfalls war ein „Amtswalter der NSDAP“, ein 19 Jahre alter Felix Kloka¹⁷.

Ein NS-Senator spricht über Bevölkerungspolitik und Rassenpflege

Die Mentalität der führenden Danziger Nationalsozialisten zeigte sich darin, daß sie bei ihrem Kampf gegen die Katholische Kirche mit Vorliebe eifernde Renegaten und Opportunisten einsetzten. So sprach am 18. Mai 1935 in einem vom Senat eingerichteten Beamtenbildungskursus der NS-Senator für Volksgesundheit und Bevölkerungspolitik, Dr. med. Hellmuth Kluck, über „Bevölkerungspolitik und Rassenpflege“. Er sagte dabei:

„Die Erkenntnis der Rassenpflege ist uralte. Durch brutale Maßnahmen - Aussetzen kranker und schwacher Kinder - versuchte man im Altertum, das Volksganze körperlich und geistig frisch zu halten. Erst das Eindringen des Christentums beseitigte diese drakonischen Maßnahmen. Die Idee der Rassenpflege ging in der Idee der allgemeinen Humanität unter. Das damalige Christentum, die katholische Kirche, mußte daher jede Rassenpflege leugnen. Es wurde sogar verlangt, daß

lebensstarke und gesunde Menschen in Klöster gingen, also vom Leben ganz abgeschlossen waren. Diese Menschen gingen der Familie und somit dem Aufbau des Volkes vollständig verloren. Im Mittelalter hatte eben die Idee der verschiedenen Rassen keinen Platz. Nur die deutschen Kaiser hatten Verständnis dafür. Dieses allein genügte, um die Päpste zu grimmigsten Gegnern zu haben. Luther setzte durch seine große Revolution den Kampf gegen die Jesuiten, gegen die orientalischen Gebräuche fort¹⁸ .

An Dr. Kluck, der sich in seinen „Personalien“ als „konfessionslos“ und „arisch“ bezeichnete¹⁹, richtete die „Danziger Volks-Zeitung“ vom 8. Juni 1935 folgende Fragen:

„Herr Dr. Kluck! . . . Von Ihnen als ehemaligem Katholiken hätten wir eine bessere Kenntnis der elementarsten Lehren und der Geschichte der katholischen Kirche erwartet. . . . Die Grundsätze des Christentums sind weit entfernt von dem, was man die ‚Idee der allgemeinen Humanität‘ nennt, die Grundsätze des Christentums auch nach dieser Richtung sind nicht verankert in ‚allgemeiner Humanität‘, sondern in der Lehre von der Unsterblichkeit der Seele, von der göttlichen Gnade und Berufung, von der ewigen Bestimmung aller Menschen und deren Gleichheit vor Gott, von der Lehre, daß Gott allein der Herr ist über Leben und Tod, daß auch in einem kranken, siechen, verkrüppelten Körper eine gottähnliche Seele lebt und daß niemand - die Obrigkeit zur Bestrafung gewisser Verbrechen ausgenommen - das Recht hat, einem Menschen das Leben zu verkürzen oder ihn zu töten.“ „Gerade ungeheuerlich ist Ihr Satz: ‚Es wurde sogar verlangt, daß lebensstarke und gesunde Menschen in Klöster gingen, also vom Leben abgeschlossen waren.‘ Wo, wann und wie, Herr Dr. Kluck, ist von der Kirche je ‚verlangt‘ worden, daß lebensstarke und gesunde Menschen in Klöster gingen. Wo ist dazu von der Kirche ein Zwang ausgeübt worden? Als ehemaliger Katholik müßten Sie wissen, daß das Gegenteil der Fall ist, daß die Kirche den größten Wert legt auf Freiwilligkeit, ja, daß Gelübde usw. ungültig sind, wenn sie unter Zwang geschehen. . . Wenn die Menschen aber freiwillig in die Klöster eintreten und in ihnen unverheiratet Gott und der Menschheit ihren Dienst weihen, wer will sie daran hindern oder ihnen daraus einen Vorwurf machen. . . . Was soll der Satz ‚diese Menschen gingen der Familie und somit dem Aufbau des Volkes vollständig verloren‘? Nach Ihrer Logik, Herr Dr. Kluck,

müßte dann doch auch der Führer und Reichskanzler des Deutschen Reiches, Adolf Hitler, der bekanntlich unbeweibt ist, ‚der Familie und somit dem Aufbau des Volkes vollständig verlorengehen.‘” Auch sonst hatte Kluck erheblich geirrt. Denn Luther konnte gar nicht den Kampf gegen die Jesuiten vom Jahre 1517 ab weiter fortsetzen, sagte die DV-Z, weil der Jesuitenorden erst 1534 gegründet und erst 1540 von Papst Paul III. bestätigt wurde.

Terror und Drohungen

Die Nationalsozialisten griffen weiterhin zu jedem Mittel, um der Kirche und ihren Institutionen zu schaden. So wurde in der Nacht vom 14. zum 15. August 1935 im Sport- und Jugendheim der katholischen Vereine auf dem Johannes-Sportplatz in Oliva eingebrochen. Dabei wurde die Einrichtung des Heims teilweise zerstört, Bücher wurden zerrissen und in den Räumen umhergeworfen. Aus dem Klavier wurden Tasten herausgerissen. Außerdem wurden einige Sportgeräte gestohlen. Der erhebliche Schaden, der für die Vereine entstand, war der Hauptzweck des Einbruchs. Dabei wurde dann auch noch der Diebstahl ausgeführt. In den Schulen wurden die katholischen Schüler fortgesetzt beleidigt und unter Druck gesetzt. Eine „Kleine Anfrage“ der Zentrumsfraktion an die NS-Regierung vom August 1935 gab dafür ein instruktives Beispiel. In dieser Anfrage hieß es:

„Der Konrektor Wetzling von der Volksschule Hohe Seigen hat vor einigen Tagen ein Hetzgedicht auf katholische Geistliche und Ordensschwwestern von der Schultafel abschreiben lassen und die Anweisung herausgegeben, dieses Hetzgedicht auswendig zu lernen. Wetzling ist schon öfters durch seine politische Tätigkeit während der Unterrichtsstunden aufgefallen. Ähnlich wie der Konrektor Wetzling betätigt sich auch der Lehrer Arthur Krause von der katholischen Schule Oliva. Krause benutzt die Unterrichtsstunden, um die Kinder, die nicht den Organisationen der NSDAP angehören, fast täglich zu beleidigen und sie in ihrer Ehre zu verletzen. U. a. verbietet er diesen Kindern, das Deutschlandlied zu singen, da sie angeblich keine Deutschen seien. Spöttische Bemerkungen auf die katholische Geistlichkeit sind an der

Tagesordnung. Die Folge davon ist, daß die Kinder nur mit größter Unlust zum Unterricht gehen und ihre Eltern flehentlich bitten, in eine andere Klasse gehen zu dürfen. Das Verhalten der beiden Lehrer ist in höchstem Grade geeignet, die Empfindungen Andersdenkender zu verletzen. Das Verhalten dieser Erzieher steht im Widerspruch zu Art. 93 und 107 der Danziger Verfassung."

Die Zentrumsfraktion fragte, ob dem Senat der Freien Stadt Danzig das Verhalten dieser beiden Lehrer bekannt wäre und ob er bereit sei, auf disziplinarischem Wege gegen diese Lehrer vorzugehen und sie sofort abuberufen.

In einer öffentlichen Versammlung der „Ortsgruppe Große Molde" sagte Gauleiter Forster am 13. März 1936:

„Das Zentrum schiebt die Kirche vor und beschimpft die Nationalsozialisten von der Kanzel. In der Kirche aber kann man nicht diskutieren. Da kann man nur die Kirche verlassen, wenn so ein Kerl von der Kanzel herab unseren Führer beschimpft. Mein Charakter und meine Ehre verbieten es mir, in eine Kirche zu gehen, in der so ein Kerl von der Kanzel herunter mich beleidigt. Wenn ein Pfarrer wirklich Gottes Wort predige, so würden die Nationalsozialisten auch gerne in seine Kirche kommen."

Forster verstieg sich dann zu einer besonderen Drohung:

„Es kommt auch für uns der Tag, an dem wir abrechnen, radikal abrechnen werden . . . Auch wir werden unsere Befreiungsstunde erleben. Und dann werden wir uns diese Herrschaften kaufen. Wir werden so blitzschnell, so überraschend zugreifen, daß die Herrschaften gar nicht mehr Gelegenheit haben werden, auszurücken."

Wenig später, am 26. März, hielt der Präsident des Volkstages, der Oberstudiendirektor Edmund Beyl, ein führendes Mitglied der bedeutungslosen „NS-Arbeitsgemeinschaft katholischer Deutscher" einen Vortrag über den „politischen Katholizismus". Er sagte:

„In einer Danziger Kirche hat am letzten Sonntag ein Geistlicher von der Kanzel gepredigt: daß z. B. der Teufel in Menschengestalt umgehe. Der Teufel habe sich zwar gut getarnt, aber umso gefährlicher ist er, besonders da er stets das Wort ‚positives Christentum' auf den Lippen führe. Der Geistliche war zu feige, um offen auszusprechen, wen er gemeint habe, aber von den Kirchenbesuchern wußte ein jeder, auf wen das Gleichnis gemünzt war. Dieser sogenannte ‚Seelsorger' ist

das typische Beispiel des politischen Katholizismus. Zu feige, um offenen Farbe zu bekennen, werden aus dem Hinterhalt - unter Mißbrauch des Seelsorgeamtes - sogar von der Kanzel herab die Giftpfeile abgeschossen²⁰ .

Die „Danziger Volks-Zeitung“ fragte daraufhin den Volkstagspräsidenten Beyl, ob die Lehren von Alfred Rosenberg und Baldur von Schirach, die ja auch vom „positiven Christentum“ sprächen, nicht das gerade Gegenteil von dem seien, was die katholische, was die gläubig evangelische Kirche unter positivem Christentum verstehe²¹ .

Die Kirche kann nur noch innerhalb der Gotteshäuser wirken

Die Lage der Danziger Bevölkerung, die in ihrer überwiegenden Mehrheit demokratisch gesinnt war, wurde durch den Terror der Nationalsozialisten immer unerträglicher. Nach der Januarsession des Jahres 1937 des Völkerbundes wurde noch mehr als bisher deutlich, daß sich der Völkerbund um die Einhaltung der Danziger Verfassung durch die Nationalsozialisten nur noch sehr bedingt kümmern würde. Der Bericht des Dreierkomitees des Völkerbundes, der dann auch vom Rat des Völkerbundes gebilligt wurde, ließ das Versagen des Völkerbundes deutlich erkennen. Forsters Handeln wurde danach noch schrankenloser als bisher: Die Verfassungs- und Rechtsbrüche nahmen ein unvorstellbares Maß an. Nachdem die eine der demokratischen Parteien, die Danziger Sozialdemokratische Partei im Oktober 1936 verboten und die Danziger Deutschnationale Volkspartei im Mai 1937 dem Terror und den Erpressungen des Gauleiters Forster erlegen war, verbot der Polizeipräsident Hellmut Froböß im Auftrage Forsters am 20. Oktober 1937 auch die Zentrumspartei²² .

Jetzt beugte sich auch eine Reihe von Katholiken dem terroristischen Zwang. Sie schlossen sich aus Existenzgründen zwar formell der NS-Partei an, wurden aber dennoch keine Nationalsozialisten. Die Vielzahl der anderen Katholiken war entsetzt und zunächst deprimiert über die von den Nationalsozialisten erzwungene Entwicklung. Ihre Treue zur Kirche konnte jedoch durch das Vorgehen der Nationalsozialisten nicht erschüttert werden²³ .

Fortab tat die Führung der NSDAP dann alles, um die Kirche in ihrer öffentlichen Betätigung aufs äußerste zu beschränken. In den Schulen wurde die Zahl der Religionsstunden so herabgesetzt und gleichzeitig auch der Unterricht derart erschwert, daß der Religionsunterricht praktisch eingestellt wurde. Die Arbeit der katholischen Vereine wurde fast völlig vernichtet. Ihre Mitgliederlisten und Vereinskassen wurden beschlagnahmt.

„Die Kirche konnte nur noch innerhalb der Mauern ihrer Gotteshäuser wirken, auch dort von der Kriminalpolizei und ihren Helfershelfern bespitzelt²⁴“.

Kreuzfrel und Pfarrerverfolgungen

Im Jahre 1937 schändeten zwei nationalsozialistische Beamte auf dem Friedhof vor der Kirche in Meisterswalde das Missionskreuz und die beiden Kreuze an den Dorfeingängen. Die Kreuze lagen, umgesägt, am Boden. Der Dekan Johannes Aeltermann ließ, trotz der Warnungen der Kriminalpolizei, den Frel durch drei neue Kreuze sühnen. Zu dem Weihetag kamen, obwohl keine Zeitung, kein Flugblatt diesen Tag bekanntgeben durfte, über 5 000 Menschen nach diesem kleinen Landfleck: Dieser Tag wurde zu einem Bekenntnistag nicht nur der Katholiken, sondern der gesamten Christen Danzigs.

Am St. Bartholomäustag 1938, dem Patronatsfest der Meisterswalder Gemeinde, wurden zwei SA-Männer von einem SS-Mann ermordet. Die Parteidienststelle verlangte ein nationalsozialistisches Begräbnis: auf dem Sarge sollten Hakenkreuzfahne und SA-Dolch liegen. Dekan Aeltermann lehnte ab. Die NS-Partei ließ ihm nach diesen beiden Ereignissen der Jahre 1937 und 1938 keine Ruhe mehr und bedrohte ihn ständig²⁵.

Zu den katholischen Priestern, die immer wieder von den Nationalsozialisten terrorisiert wurden, gehörte der Pfarrer Bruno Sarnowski in Danzig - St. Albrecht. Dabei tat sich besonders der NS-Ortsgruppenleiter hervor, der die kirchlichen Vereine und den Kinderhort zerschlagen wollte, was ihm nicht gelang. Als dieser Priester im Jahre 1938 bei dem Begräbnis eines Hitlerjungen das Mitführen von NS-Fah-

nen nicht gestattet hatte, nahm die Hetze gegen ihn ein unvorstellbares Maß an, so wurde eine als Priester verkleidete große Puppe auf der Straße vor seinem Pfarrhaus aufgehängt²⁶. Auch der Pfarrer Johannes Wohler in Praust bei Danzig mußte viel leiden. Die NSDAP wollte durch Provokationen und Überfälle auf Versammlungen, die von Johannes Wohler aufgebauten Pfarr- und besonders auch die Jugendvereine zerschlagen. Wegen angeblicher Verächtlichmachung der Hitlerjugend in einer Predigt, wurde er 1938 zu einer Strafe von 1 000 Danziger Gulden verurteilt. Durch dauernde Haussuchungen wurde versucht, ihn zu zermürben²⁷.

Bischof Graf O'Rourke verzichtet auf sein Amt, Dr. Carl Maria Splett wird Bischof

Der erste Bischof von Danzig, Eduard Graf O'Rourke, verzichtete im Jahre 1938 auf sein bischöfliches Amt, das er zwölf Jahre hindurch ausgeübt hatte. Der zu seinem Nachfolger von Papst Pius XI. nominierte Theologe und Philosoph, Prälat Dr. Franz Sawicki, Professor am Priesterseminar des Bistums Kulm in Pelplin, war der Danziger NS-Regierung nicht genehm. Sie drohte sogar, ihn nicht nach Danzig hereinzulassen. Daraufhin reichte Prälat Dr. Sawicki seine Nominierungsurkunde dem päpstlichen Nuntius zurück. Am 13. Juni 1938 ernannte Papst Pius XI. den damaligen Dompfarrer in Oliva, Dr. Carl Maria Splett, zum Bischof²⁸.

Priester werden gequält, entehrt und ermordet

Als am 1. September 1939, dem Tag des Kriegsausbruches, die Freie Stadt Danzig wieder ins Deutsche Reich eingegliedert wurde, machten die Nationalsozialisten sofort ihre Drohungen wahr. Katholische Priester polnischer Nationalität, die in Danzig amtierten, wurden noch an diesem Tag verhaftet und grausam gequält. Andere Priester erlitten nach wenigen Wochen das gleiche Schicksal; sie kamen alle in die Konzentrationslager. Sieben von ihnen wurden umgebracht: Bronislaus

Komorowski, Pfarrer an der polnischen St. Stanislauskirche in Langfuhr; Bernhard von Wiecki, Pfarrer in Wotzlaff; Franz Rogaczewski, Pfarrer an der polnischen Christus-König-Kirche an der Sandgrube; Marianus Gorecki, Religionslehrer am polnischen Gymnasium in Danzig. Sie wurden alle am Karfreitag, dem 22. März 1940, im Konzentrationslager Stutthof bei Danzig erschossen. Der Vikar Walter Hoelt wurde als Geisel 1939 in der Nähe von Neustadt (Westpreußen) erschossen, der Vikar Georg Majewski kam im KZ Dachau im August 1942 um. Von den deutschen katholischen Geistlichen Danzigs wurden ermordet: Dekan Johannes Aeltermann, Pfarrer von Meisterswalde und Mariensee, er war mehrfachen entehrenden Verhaftungen und Quälereien ausgesetzt worden und wurde am 22. November 1939 bei Wischin unweit der Stadt Schöneck erschossen. Der Pfarrer von Kladau, Robert Wohlfeil, wurde am 1. September 1939 verhaftet, gequält, dann ins KZ Stutthof und später ins KZ Oranienburg gebracht. Dort kam er im Jahre 1940 um. Der Pfarrer Ernst Karbaum, Kuratus in Bärwalde, wurde, weil er angeblich gefangene Polen getröstet hatte, verhaftet, ins KZ Stutthof gebracht und dort totgeschlagen. Das geschah am 18. Dezember 1940. Der Pfarrer Bruno Binnebesel, Kuratus von Danzig-Brösen, wurde am 3. November 1943 verhaftet, später ins Zuchthaus Brandenburg-Görden geschleppt und nach dem 20. Juli 1944 am 9. September 1944 vom Volksgerichtshof wegen angeblicher Zersetzung des Wehrwillens des deutschen Volkes zum Tode verurteilt und am 13. November 1944 hingerichtet²⁹.

Das Martyrium derjenigen, die sich in der Danziger Öffentlichkeit gegen den Nationalsozialismus betätigt hatten, ging weiter. Jeder, der die Unrechtstaten und die Verbrechen beim Namen genannt hatte oder nannte, wurde zum „Landesverräter“ erklärt und verfolgt. Katholische Laien, die Verfolgungen und Schlimmeres zu befürchten hatten, suchten und fanden Zuflucht in der deutschen Wehrmacht. Viele andere wurden verhaftet und ins Gefängnis oder ins Konzentrationslager gebracht. Auch mehrere Geistliche wurden weiter verfolgt mit Haussuchungen und Bespitzelungen; sie wurden in Haft genommen und kamen für kürzere Zeit ins Gefängnis oder ins Konzentrationslager³⁰.

Bormann gegen die Freiheit des Glaubens

Selbst im Kriege gaben die Nationalsozialisten ihre Versuche, die Kirche zu vernichten, nicht auf: Am 24. Juni 1940 richtete Hitlers enger Mitarbeiter Martin Bormann einen die nationalsozialistische Kirchenpolitik entlarvenden Brief an Alfred Rosenberg. Diesem Brief war der Entwurf einer geplanten diskriminierenden Kirchenverordnung für Danzig und Westpreußen beigelegt³¹.

Bormann betonte in seinem Schreiben, daß der Entwurf der Verordnung „in dieser Form von Gauleiter Forster gebilligt worden“ sei. Damit zeigte Forster³², dessen jahrelange Drohungen und Hetzereien gegen die Katholische Kirche nicht zuletzt zu der Ermordung zahlloser katholischer Priester in Danzig und in Westpreußen geführt hatten, eindeutig wieder seine Kirchenfeindlichkeit. Denn diese Verordnung, die eigens auf Danzig-Westpreußen zugeschnitten war, richtete sich unmißverständlich gegen die Freiheit des Glaubens. „Wegen der im Reichsgau Danzig-Westpreußen gelagerten Volkstumsverhältnisse bedürfen alle Religionsgesellschaften und religiösen Vereinigungen zur Erlangung der Rechtsfähigkeit der Genehmigung des Reichsstatthalters“, heißt es im § 1 des Entwurfs. Die anderen Paragraphen bezeugen eindeutig, daß die Kirchen jederzeit durch den Reichsstatthalter Forster finanziell stranguliert werden konnten. So sollten u. a. (§ 3) die Kirchen auch einen Anspruch auf Kirchensteuer nicht mehr haben. Forster konnte danach mit den Kirchen machen, was er wollte.

Wenn diese Verordnung während des Krieges nicht zur Durchführung kam, so ist das nicht einer späteren Erkenntnis Forsters zu danken, sondern dem Umstande, daß in weiten Kreisen der Bevölkerung und der Wehrmacht eine sich steigernde Unruhe wegen der Kirchenfeindlichkeit der NSDAP festzustellen war. Eine vorläufige Zurückhaltung in dieser Frage schien deshalb geboten. Das eine spätere reichseinheitliche „Regelung“, also nach einem gewonnenen Kriege, kommen würde, wurde in der Einleitung zu der Verordnung bereits erklärt. Das „Experimentierfeld“ Danzig-Westpreußen wurde - es war nur eine Geste - vorläufig aufgegeben. Der Gauleiter des Warthegaues, Arthur Karl Greiser, durfte mit Zustimmung von Heinrich Himmler und Martin Bormann weiter „experimentieren“ und in brutalster Form die Katholische und die Evangelische Kirche bedrängen³³.

Die Gestapo verfolgt und peinigt die Priester

Die Gestapo setzte auch in den Kriegsjahren die Bespitzelung und Verfolgung der Priester fort. Es fanden viele Haussuchungen und qualvolle Verhöre statt. Zu den in besonderer Weise Verfolgten gehörte der Pfarrer Stefan Sikorski in Danzig-Brentau. Wahrscheinlich Anfang des Jahres 1940 wurde er verhaftet und eine Reihe von Tagen ins berüchtigte Danziger Polizeigefängnis gesperrt. Ihm wurde vorgeworfen, in einer öffentlichen Ansprache in seiner Kirche die Stelle des Weihegebetes zum Heiligen Herzen Jesu - in der für die Juden gebetet wird - mit besonderem Nachdruck gesprochen zu haben. Als Schulkinder ihm im Unterricht gefragt hätten, wie sie sich gegenüber ihrem sehr aggressiven nationalsozialistischen Rektor verhalten sollten, hätte er geantwortet, sie sollten für ihn beten, und er habe dann auch gleich mit ihnen in der Kirche gebetet. Im Mai 1940 wurde er mit Pfarrer Bruno Sarnowski wieder von der Gestapo verhaftet. Durch diese beiden Verhaftungen sollte der Bischof gezwungen werden, das von der Gestapo verlangte Verbot des Gebrauchs der polnischen Sprache bei gottesdienstlichen Handlungen bekanntzugeben³⁴. Auch der Pfarrer Leo Hoppe mußte - wahrscheinlich im Jahre 1940 - mehrere Wochen in martervoller Gestapohaft verbringen, weil er einen von ihm getauften jüdischen Danziger und dessen Familie finanziell unterstützt hatte. Er sollte deswegen sogar ins KZ Dachau gebracht werden. Nur dadurch, daß einige seiner Freunde einen Gestapodezernenten bestachen, wurde er vor dem KZ bewahrt und freigelassen³⁵. Pfarrer Hubert Wahlen (St. Nikolai-Danzig) hatte sich 1936 geweigert, bei einer Taufe den Gauleiter als Ehrenpaten einzutragen, weil bei anderen Taufen „auch etwa der Führer der kommunistischen Partei dasselbe Verlangen stellen könnte“. Der NS-Senat sperrte ihm daraufhin für einige Zeit den Gehaltszuschuß. 1944 verhaftete ihn die Gestapo, weil er in zurückliegender Zeit eine Jüdin getauft hatte; Dadurch hätte die Jüdin Gelegenheit gehabt, „sich als Christin Lebensmittel und andere Vorteile zu verschaffen, die ihr als Jüdin nicht zustanden“. Wahlen kam ins KZ Stutthof und verblieb da drei Monate³⁶.

Ganz besonders terrorisiert wurde auch der Geistliche Studienrat Dr. Richard Stachnik, der letzte Vorsitzende der Zentrumspartei. Er wurde mehrfach überfallen, dabei einmal bewusstlos geschlagen. Dazu

kamen: Haussuchungen, Verhöre durch die Danziger und reichsdeutsche Gestapo, ein Disziplinarverfahren, Disziplinarstrafen, eine Gefängnisstrafe von fünfenehalb Monaten, und eine Haft im KZ Stutthof vom 1. bis 13. September 1944. Bereits zum 1. April 1939 war er von der NS-Regierung in den Wartestand versetzt und dann pensioniert worden, mit der Auflage, weder als Seelsorger noch in anderer Weise öffentlich tätig zu sein³⁷.

Die führenden Nationalsozialisten flüchten

Als die russischen Heere im März 1945 das Danziger Gebiet fast umschlossen hatten und Danzig vor der Eroberung stand, in diesen Stunden der größten Not Danzigs und der Danziger bestand für die führenden Nationalsozialisten zum ersten Male die Gelegenheit, sich wirklich zu bewähren. Sie versagten schmäählich. Sie flüchteten, um sich jeglicher Verantwortung zu entziehen. Die Rettung ihres Lebens und die Versuche, Teile ihres materiellen Besitzes zu retten, erschienen ihnen als ihre wichtigste Aufgabe in einer Zeit, in der die Danziger Bevölkerung Entsetzliches erlitt. Gauleiter Forster flüchtete Anfang April 1945 aus dem Kampfgebiet. Durch sein Verhalten - symbolisch für viele andere seiner Art - gab er ein besonders krasses Beispiel für Würdelosigkeit und Egoismus³⁸. Forster und seine Männer, die härteste Opfer von anderen verlangt oder erzwungen hatten, wollten selbst keine bringen. Sie, die sich einmal groß dünkten, und die zu grausamsten Peinigern Andersdenkender geworden waren, wollten nicht büßen.

Ein harter Weg und ein ermutigendes Zeichen

Die katholischen Priester blieben mit ihrem Bischof Dr. Carl Maria Splett in selbstverständlicher Pflichterfüllung bei ihren Pfarrangehörigen, um ihnen in der furchtbarsten Zeit der Geschichte Danzigs beizustehen. Sie wurden wenige Tage nach der Eroberung Danzigs wie

alle Danziger Männer - und teilweise auch Mädchen und Frauen - von den Russen gefangengenommen und mußten an Gewaltmärschen teilnehmen. Auch der Bischof wurde auf diese Weise verschleppt. Nach sechs Wochen wurde er freigelassen wie die meisten der Priester. Einige waren in Zwangsarbeitslager gebracht worden. In dem berüchtigten „Narviklager“ bei Danzig starb im Juni 1945 der Vikar Hugo Kurowski. Zehn andere Geistliche erlagen den unvorstellbaren Entbehrungen, denen die Danziger in dieser Zeit ausgesetzt waren; einige von ihnen sind verhungert³⁹.

Der Bischof versuchte das durch den Nationalsozialismus über Danzig hereingebrochene, mit menschlichen Maßstäben nicht meßbare, ungeheuerliche seelische und körperliche Leid zu mildern. Er hatte in den Monaten nach seiner Freilassung schon segensreich gewirkt, als er am 9. August 1945, veranlaßt durch die polnische Regierung, wieder verhaftet wurde. „Schädigung des polnischen Volkstums“ war der gegen ihn erhobene allgemeine Anklagepunkt. Am 2. Februar 1946 wurde er in Danzig zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt⁴⁰.

Ein ermutigendes Zeichen war und ist es, daß sich der Bischof von Kattowitz, Stanislaus Adamski, und der polnische Kardinal Stefan Wyszyński wiederholt für die Freilassung des Danziger Bischofs eingesetzt haben, wofür sie dann selber harte Unbill erleiden mußten. Im Herbst 1956, als unter Ministerpräsident Gomulka das „Tauwetter“ einsetzte, forderte Kardinal Wyszyński die Freilassung aller Bischöfe. Auch Bischof Splett wurde - nach acht Zuchthausjahren und drei weiteren Jahren der Verschleppung - frei. Sein Bistum durfte er nicht mehr betreten. Die Großzahl seiner Diözesanen war - beginnend vom Juli 1945 ab - vertrieben worden⁴¹. So endet das letzte Kapitel der deutschen Geschichte Danzigs.

Anmerkungen

- 1) Stachnik, Richard: Die Katholische Kirche in Danzig, Münster 1959, S. 130 ff.
- 2) Danziger Statistisches Taschenbuch 1930/31, S. 18 und 1933, S. 16, Hrsg. Statistisches Landesamt der Freien Stadt Danzig.
- 3) Wegen der von den Nationalsozialisten - nach dem Versagen ihrer Wirtschaftspolitik - durchgeführten Umsiedlungen von Arbeitslosen, Beamten und Pensionären nach dem Deutschen Reich, ging die Bevölkerungszahl des Freistaats Danzig bis zum Jahre 1938 auf 403 000 zurück; an dem relativen Anteil der Katholiken an der Gesamtbevölkerung änderte sich jedoch nur wenig. (Danziger Statistische Mitteilungen, Hrsg. Statistisches Landesamt der Freien Stadt Danzig Nr. 2/1939, S. 24.)
- 4) „Der Deutsche in Polen“, vom 9. Mai 1937. Die Veröffentlichung dieser Rede wurde in Danzig und Deutschland unterbunden.
- 5) Sodekat, Ernst: Die Verfolgung und der Widerstand der Evangelischen Kirche in Danzig, in: Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes, Bd. 15, Göttingen 1965, S. 147 ff. - Bereits vor, besonders aber nach den für ihn erfolgreich ausgegangenen Reichstagswahlen vom 14. September 1930 hatte Hitler einem sehr engen Kreise besonders Vertrauter mehrfach erläutert, was er „nach der Machtergreifung“ tun werde, besonders auch mit den Kirchen. Diese müßten beseitigt werden; Die Evangelische Kirche würde sehr schnell „überraunt“ werden können. Viel schwieriger würde es allerdings bei der Katholischen Kirche sein. Aber da würden „so oder so“ auch Wege gefunden werden. - Der Schriftsteller Arnolt Bronner (Ps. Bronnen), der, obwohl er nicht „rein arisch“ war, dennoch lange Jahre hindurch ein enger Vertrauter und Ratgeber von Dr. Joseph Goebbels sein durfte, hatte seinem Onkel, dem Generaloberarzt a. D. Dr. Edwin Schelle, der in Berlin als Arzt praktizierte, in den letzten Monaten des Jahres 1930 und dann mehrfach noch in den Jahren 1931 und 1932 über diese Äußerungen Hitlers berichtet. Bronner sagte dabei immer wieder, daß die Nationalsozialisten „nach der Machtergreifung“ mit Methoden regieren würden, gegen die die „Schrecknisse des Dreißigjährigen Krieges vergleichsweise ein Kinderspiel“ seien. Der Autor erfuhr von diesen Äußerungen Bronners durch Dr. Schelle, mit dem er ebenfalls verwandt war, bzw. dessen Frau.
- 6) Danziger Neueste Nachrichten Nr. 213 v. 11. September 1933.
- 7) Ebenda, Nr. 215 v. 13. September 1933
- 8) Dekan Johannes Aeltermann wurde am 22. November 1939 von den Nationalsozialisten ermordet.
- 9) Stachnik a. a. O. S. 139 ff., weist auf einen besonderen Gradmesser des religiös-kirchlichen Lebens hin: „Im ganzen Bistum erfüllten rund 80 - 85 v. H. ihre Osterpflicht. In den Landgemeinden waren es nahezu 100 Prozent. In den Gemeinden (der Stadt Danzig), die von den früheren Klöstern her noch eine starke katholische Tradition hatten - Oliva mit Brösen und Brentau (Zisterzienser), Schidlitz (Brigittinnen) und Alt-Schottland (Jesuiten) -, war der Hundertsatz etwa 90. In den anderen Gemeinden, besonders in der Innenstadt und im Hafengebiet, waren es rund 65 - 75 Prozent.“
- 10) Das Verbot der DL und ein gleichzeitiges zweiwöchentliches Verbot der „Danziger Volksstimme“ waren der erste Angriff des NS-Senats auf die durch die Verfassung garantierte Pressefreiheit. Weitere Drangsalierungen der Oppositionspresse und ihrer Redakteure sollten folgen. Forster wußte ebenso wie Hitler, daß die Zeitungen die gefährliche Waffe der Opposition waren, zumal diese Zeitungen eine weit größere „Leser-

- dichte" hatten als die NS- und gleichgeschalteten Zeitungen. (Sodeikat, Ernst: Der Verkehr mit der Presse, 2. Aufl.-Bremen, Hannover, 1958 - S. 253 ff., 245 ff., 260 ff.)
- 11) Siehe Staatsanzeiger für die Freie Stadt Danzig, Teil II, Nr. 3 v. 10. Januar 1934, S. 30.
 - 12) Rauschnig, Hermann: 10 Monate nationalsozialistische Regierung in Danzig, Sonderdruck einer Rede, Danzig 1934, S. 11 ff. - Am 7. April 1933 schrieb Rauschnig in der NS-Zeitung „Der Danziger Vorposten“ von Adolf Hitler als dem wahren Führer wie man ihn nicht wieder findet, selbst wenn man „jahrhunderttief“ zurückgeht. Er erkannte auf Grund von Hitlers „Dämonie“ diesem das Recht zu „den Willen der Mehrheit zu verachten“. - Die verfassungstreuen Danziger lehnten Rauschnig auch nach seinem am 23. November 1934 von Hitler erzwungenen Abgang ab. Das konstruktive Denkvermögen, das er in der Außenpolitik nach seiner Berufung zum Senatspräsidenten zeigte, ließ er innenpolitisch weitgehend vermissen. Eine Reihe der vom Völkerbund später für verfassungswidrig erklärten Gesetze entstand in seiner Regierungszeit.
 - 13) Stachnik, Richard: Danziger Priesterbuch, Hildesheim 1965, S. 105.
 - 14) Ebd. S. 168.
 - 15) Ebd. S. 56.
 - 16) Von 250 735 Wahlberechtigten wurden 235 062 gültige Stimmen abgegeben. Die 72 Sitze des Volkstages verteilten sich wie folgt: NSDAP 43 Sitze, Sozialdemokraten 12, Zentrum 10, Deutschnationale 3, Kommunisten 2, Polen 2. (Danziger Statistische Mitteilungen, Nr. 1/1935, S. 3). Am Vortage der Wahl veröffentlichten die Danziger Oppositionszeitungen einen „offenen Brief“ Dr. Rauschnigs an Forster, in dem er sich gegen den von Forster praktizierten „Nationalsozialismus“ aussprach: Am 7. April geht es darum, „ob die Danziger eine Persönlichkeit wie Sie als unbeschränkten Diktator wollen, ob sie sich Ihnen zu einer Politik von Abenteuern anvertrauen oder ob sie sich durch eine verfassungsmäßige Beschränkung und Kontrolle Ihrer absoluten Macht eine Sicherung verschaffen wollen“. Die Wahl wurde von den Oppositionsparteien beim Danziger Obergericht angefochten. In der 73 Druckseiten umfassenden Urteilsbegründung bestätigte das Obergericht die Verfassungswidrigkeit einiger in der Klage vorgebrachten Fälle, bezeichnete u. a. mehrere Fälle „als amtliche Wahlbeeinflussung schwerer Art“, wies jedoch andere mit recht erstaunlichen Begründungen zurück. Nach einer ebenso eigenartigen Rechnung des Obergerichts wurden den Nationalsozialisten 10 804 Wahlstimmen abgestrichen, während der SPD 75, dem Zentrum 54, der KPD 19, den Deutschnationalen 17, den „Freien Frontkämpfern“ 2, den Polen 17 Stimmen hinzugezählt wurden. Das Ergebnis: Die NSDAP verlor einen Sitz, die SPD gewann einen. (Die „Danziger Juristen-Zeitung“ Nr. 12 v. 15. Dezember 1935, S. 113 ff. veröffentlichte den Urteilstext, in dem allerdings einige für die Nationalsozialisten sehr peinliche Stellen des Urteils fehlten.) Mit einem Stimmenanteil von 57,3 Prozent war die NSDAP weit von der Zweidrittelmehrheit entfernt. - Das Zentrum hatte mit 31 576 (14,06 %) Stimmen absolut wie relativ seinen Stimmenanteil gegenüber 1933 gehalten, trotz Terror und Wahlbetrug.
 - 17) Siehe Danziger Volks-Zeitung (DV-Z) Nr. 61 v. 21. Mai und Nr. 62 v. 23. Mai 1935. Die DV-Z Nr. 61 v. 21. Mai 1935 schrieb über den Überfall „Ein geradezu unerhörter vorbereiteter Überfall . . .“ Sie wurde beschlagnahmt. Der Vorsitzende der SPD, Volkstagsabgeordneter Arthur Brill, wurde am 26. August 1935 im Danziger Volkstag von dem NS-Vizepräsidenten des Volkstages, Albert Tolijs, niedergeschlagen. Am 25. November 1935 wurde der Vorsitzende der Danziger Deutschnationalen Volks-

partei, Rechtsanwalt Gerhard Weise, im Polizeipräsidium brutal überfallen. Der Täter war ein Preisboxer, SS-Mann Franz Ballowski. Rechtsanwalt und Notar Gerhard Weise hat dem Autor am 24. Juli 1961 in einem Brief mitgeteilt, daß er, nachdem er verlockende Angebote von Forster abgelehnt hatte, zweimal überfallen worden ist. Der eine Fall war der Überfall durch Ballowski. Er schreibt: „Ich bemerke, daß beide Überfälle auf Befehl des Gauleiters Forster geschehen waren. Ich habe von dem Augenblick an, und zwar erst mit Hilfe einer Anklage beim Obergericht in Danzig, einen Waffenschein erhalten und trug fortan eine Pistole.“ Im Danziger Statistischen Landesamt haben nominelle Parteigenossen, die gewissenmäßig unter den Untaten der Nationalsozialisten litten, dem Autor aus eigener Kenntnis gesagt, daß die Überfälle auf ausdrücklichen Befehl Forsters geschahen. Aber auch ein fanatischer Nationalsozialist bestätigte diesen Befehl, indem er mehrfach seine Freude über ihn kundtat.

- 18) Für Volk und Staat, Organ des Danziger Beamtenbundes, Nr. 22 v. 1. Juni 1935, zitiert nach der DV-Z Nr. 69 vom 8. Juni 1935
- 19) Siehe Degeners ‚Wer ist’s?‘, Berlin, X. Ausgabe 1935, S. 833.
- 20) DV-Z Nr. 2 v. 16. April 1936.
- 21) Ebd.
- 22) Staatsanzeiger für die Freie Stadt Danzig, Teil I, Nr. 112 v. 27. Oktober 1937, S. 612.
- 23) Stachnik: Die Katholische Kirche in Danzig, S. 146.
- 24) Ebd. S. 146.
- 25) Stachnik: „Priesterbuch“, S. 56 ff.
- 26) Ebd. S. 155.
- 27) Ebd. S. 191.
- 28) Stachnik: Die Katholische Kirche in Danzig, S. 142 ff.
- 29) Ebd. S. 147 ff.
- 30) Ebd. S. 148.
- 31) Vgl. Akten des Nürnberger Prozesses (Nürnberg 1947) Bd. V, S. 357 ff. u. Bd. XXV, Dokument 068-PS, S. 125 ff.:
V e r o r d n u n g über die Rechtsverhältnisse von Religionsgesellschaften und religiösen Vereinigungen im Reichsgau Danzig-Westpreussen.
 Vorbehaltlich einer späteren reichseinheitlichen Regelung bestimme ich auf Grund des § 3 des Erlasses des Führers und Reichskanzlers über Gliederung und Verwaltung der Ostgebiete vom 8. 10. 1939 - RGBl. I S. 2042 - und des § 4 des Gesetzes vom 14. 4. 1939 - RGBl. I S. 780 - mit Zustimmung des Reichsministers des Innern und der beteiligten Reichsminister folgendes:
 § 1 Wegen der im Reichsgau Danzig-Westpreussen besonders gelagerten Volkstumsverhältnisse bedürfen alle Religionsgesellschaften und religiösen Vereinigungen zur Erlangung der Rechtsfähigkeit der Genehmigung des Reichsstatthalters.
 § 2 Der Reichsstatthalter kann mit Zustimmung des Reichsministers der Finanzen einzelnen Religionsgesellschaften und religiösen Vereinigungen nach freiem Ermessen Zuschüsse gewähren. Die Zuschüsse sind jederzeit frei widerruflich.
 § 3 Alle Ansprüche der bestehenden Religionsgesellschaften und religiösen Vereinigungen auf Gewähr staatlicher oder kommunaler Zuschüsse werden aufgehoben.
 Die Religionsgesellschaften und religiösen Vereinigungen haben keinen Anspruch auf Kirchensteuer.
 Die Ausübung einer, den Religionsgesellschaften und religiösen Vereinigungen zuste-

hender Befugnis zur Erhebung von Beiträgen bedarf der Zustimmung des Reichsstatthalters. Das gilt auch für den Erlaß von Beitragsordnungen.

Die Veranstaltung von Sammlungen sowie die Entgegennahme von Spenden durch die religiösen Vereinigungen und Religionsgesellschaften bedarf der Genehmigung des Reichsstatthalters.

§ 4 Die Religionsgesellschaften und religiösen Vereinigungen sind verpflichtet, alljährlich vor Beginn des Rechnungsjahres der Staatsaufsichtsbehörde einen Haushaltsplan über die beabsichtigte Verwendung ihrer Einnahmen vorzulegen. Sie sind auf Verlangen ferner verpflichtet, nach Ablauf des Rechnungsjahres die Verwendung dieser Mittel nachzuweisen.

Die Staatsaufsichtsbehörde ist berechtigt, in die kirchliche Vermögens-Verwaltung Einsicht zu nehmen und über die Haushaltungsposten jede ihr erforderlich erscheinende Auskunft zu verlangen. Sie kann einzelne Haushaltungsposten mit der Wirkung beanstanden, daß der betreffende Haushaltungsposten zu streichen ist.

§ 5 Der Erwerb von Vermögenswerten, insbesondere von Grundstücken, durch Religionsgesellschaften oder religiöse Vereinigungen bedarf der Zustimmung des Reichsstatthalters. Diese Bestimmung gilt sowohl für den Erwerb durch Rechtsgeschäfte unter Lebenden als auch durch letztwillige Zuwendungen.

Verpflichtungen zur Entrichtung von Geld-, Arbeits- und Sachleistungen an Religionsgesellschaften und religiöse Vereinigungen, deren Einrichtungen und Organe bedürfen, soweit diese Verpflichtungen vor dem 1. 1. 1940 entstanden sind und auf privatrechtlichen Titeln beruhen, zu ihrer Rechtswirksamkeit der Bestätigung durch den Reichsstatthalter.

§ 6 Im Hinblick auf die Sonderverhältnisse, die in den, dem Reichsgau Danzig-Westpreußen eingegliederten Ostgebieten bestehen, bleibt in diesen Gebieten die öffentliche Bewirtschaftung des Grundbesitzes bis auf weiteres bestehen, der vor dem 1. 9. 1939 Eigentum oder Besitz von Religionsgesellschaften oder religiösen Vereinigungen war. Das gilt nicht für Grundstücke, auf denen ausschließlich zur Ausübung des Gottesdienstes bestimmte Gebäude vorhanden sind.

§ 7 Diese Verordnung gilt, soweit sich aus ihr nichts anderes ergibt, für den gesamten Reichsgau Danzig-Westpreußen.

§ 8 Alle, dieser Verordnung entgegenstehenden Bestimmungen, treten außer Kraft. Der Reichsstatthalter erläßt die zur Durchführung und Ergänzung dieses Gesetzes erforderlichen Verordnungen. Er bestimmt die Behörden, die die in diesem Gesetz festgesetzten Rechte des Staates auszuüben haben.

§ 9 Diese Verordnung tritt am in Kraft.

- 32) Forster war ein Günstling und enger Vertrauter Hitlers. Sein Lehrmeister war der kirchenfeindliche Julius Streicher, Herausgeber des antijüdischen Hetzblattes „Der Stürmer“. Forster, der sehr stolz darauf war, Schüler Streichers zu sein, wurde von diesem 1924 zum „Pressevertreter“ des „Stürmers“ gemacht. Schon 1925, er war damals 23 Jahre alt, hielt Forster „die Schwarzen“, diese „so klugen und gelehrten Herren“, für „Verräter“. (Siehe Löbsack, Wilhelm, „Danzigs Gauleiter Albert Forster“, Hamburg 1934, S. 19). In Danzig war einer seiner engsten Berater - „sein unseliger Schatten“ - der körperlich mißgestaltete Gauschulungsleiter der NSDAP Wilhelm Löbsack, ein haßerfüllter Gegner aller Andersdenkender: Am 26. Mai 1936 kündigte er an, daß die Stunde kommen würde, in der die NSDAP diese „Volksverderber“ den „Volksgenossen“ ausliefern würde. Der spätere Adjutant Forsters, Lang-

- mann, der täglich die Messe besuchte, hatte keinen nennenswerten Einfluß auf ihn. Das bestätigte dem Autor auch der Gauoberverwaltungsrat Dr. Kurt Peiser, der nominell der NSDAP angehörte, aber ihr Gegner war. Bei diesem Gespräch, bei dem es um die Ermordung vieler katholischer Priester in Danzig und Westpreußen und die Drangsalierung der Danziger Juden ging, fragte der Autor Dr. Peiser: „Haben Forster und seine Helfer kein Gewissen mehr?“ „Gewissen sagen Sie, Gewissen?!“ antwortete Peiser, der zahlreiche prominente Nationalsozialisten kannte und ein enger Mitarbeiter von Dr. Wiers (vordem: Wiercinski)-Keiser war. Dieser wiederum, der in den Jahren 1933 und 1934 die Danziger Katholiken spalten wollte, hatte immer einen engen Kontakt zu Forster. (Siehe hierzu auch Stachnik a. a. O., S. 147 ff. und Broszat, Martin: Nationalsozialistische Polenpolitik, Stuttgart 1961, S. 42 ff., 44 ff.).
- 33) Broszat, Martin: Nationalsozialistische Polenpolitik 1939-1945, Stuttgart 1961, S. 163 ff.
- 34) Stachnik: „Priesterbuch“, S. 169.
- 35) Ebd. S. 111.
- 36) Ebd. S. 181 ff.
- 37) Ebd. S. 218.
- 38) Siehe Dokumentation der Vertreibung der Deutschen aus Ost-Mitteleuropa, Bd. I, 1, Nr. 75: Bericht des ehemaligen Rittmeisters und Ordonnanzoffiziers des Befehlshabers im Raum Danzig, Friedrich von Wilpert, S. 283 ff. u. Nr. 81: Bericht des Kriegsmarinepfarrers Arnold Schumacher, S. 311. - Danzig gehörte zu den furchtbarsten Stationen des Krieges für die Zivilbevölkerung. Über 105 000 Danziger sind 1945 auf der Flucht, bei den Kämpfen in Danzig, durch Selbstmord oder durch Seuchen ums Leben gekommen. Andere kamen durch Unmenschlichkeiten um oder verhungerten. Mehr als jeder vierte Danziger wurde Opfer des Krieges und seiner Folgen. - Forster tauchte nach der Kapitulation im Mai 1945 in der Uniform eines einfachen SS-Mannes und unter falschem Namen in dem britischen Internierungslager Fallingbommel (Niedersachsen) unter. Im Jahre 1946 wurde er in diesem Lager von einer polnischen Kontrollkommission entdeckt und danach von den Engländern an Polen ausgeliefert. Im Jahre 1949 - der Prozeß gegen ihn begann 1948 - wurde er in Danzig von dem „Höchsten Polnischen Tribunal“ zum Tode verurteilt, aber erst am 31. März 1954 hingerichtet. Die Regierung Polens hat weder die Hinrichtung noch den Ort und die Art der Hinrichtung öffentlich bekanntgegeben.
- 39) Stachnik: Die Katholische Kirche in Danzig, S. 151. 22 Danziger Priester verloren in den Jahren 1939 bis 1945 ihr Leben, elf wurden von den Nationalsozialisten ermordet.
- 40) Wothe, Franz Josef: Carl Maria Splett, Bischof von Danzig, Hildesheim 1965, S. 18 ff. u. Stachnik a. a. O. S. 151 ff.
- 41) Wothe a. a. O. S. 19.

Bibliographie

Dokumentarisches Material - in zeitlicher Reihenfolge -

Vollmacht des Führers der NSDAP, Adolf Hitler, für Albert Forster vom 15. Oktober 1930 (Ablichtung des Originals).

(General-)Vollmacht des Führers und Reichskanzlers Adolf Hitler für den Danziger Gauleiter Albert Forster vom 12. Juli 1933 (Ablichtung des Originals).

Berichte über Sitzungen des Danziger Volkstages in den Jahren 1932 bis 1937.

Originaltexte der zur Unterdrückung der demokratischen Opposition und zur Verhinderung einer Neuwahl des Danziger Volkstages in den Jahren 1933 bis 1939 erlassenen Gesetze bzw. Rechtsverordnungen.

Text des „Offenen Briefes“ des ehemaligen Präsidenten des Senats, Dr. Hermann Rausching, an den Gauleiter Albert Forster vom April 1935.

Die entscheidenden Textteile des „Juristen-Gutachtens“ des Völkerbundes vom September 1935.

Text der Urteilsbegründung des Danziger Obergerichts - in der Wahlanfechtungsklage der Danziger demokratischen Opposition - vom 14. November 1935.

Die hauptsächlichlichen Textteile des Jahresberichts 1935 des Hohen Kommissars des Völkerbundes, Seán Lester, über die innenpolitische Lage in Danzig und die Rolle des Gauleiters Forster.

Die Anzahl der Mitglieder der Danziger NSDAP von 1930 bis 1936 („parteiämtliche“ Angaben).

Originalbriefe des ehemaligen deutschnationalen Abgeordneten des Danziger Volkstages, Rudolf Gamm, eines Hauptzeugen in dem vor dem Höchsten Polnischen Tribunal im Jahre 1946 in Posen gegen den früheren Präsidenten des Senats der Freien Stadt Danzig und späteren Reichsstatthalter des Warthegaus, Arthur Karl Greiser, durchgeführten Prozesses und Hauptzeuge in dem vor dem Höchsten Polnischen Tribunal in Danzig im Jahre 1949 durchgeführten Prozeß gegen den Reichsstatthalter von Danzig-Westpreußen und Gauleiter Albert Forster. Die Briefe sind gerichtet an den Bürgermeister a. D. Franz Kindler, früher Kalthof bzw. Danzig, der sie dem Autor zur Verfügung stellte.

Danziger Gesetzblätter und Staatsanzeiger; Danziger amtliche statistische Veröffentlichungen; Volkstags-Handbuch
Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig der Jahre 1933 bis 1939.

Staatsanzeiger für die Freie Stadt Danzig, Teil I und II der Jahre 1933 bis 1939.

Staatshandbuch für die Freie Stadt Danzig, Ausgabe 1926.

Danziger Statistisches Taschenbuch, Ausgaben 1930/31, 1933, 1936.

Danziger Statistische Mitteilungen, Ausgaben aus den Jahren 1935, 1936, 1937, 1938, 1939.

Ergebnisse der Volks- und Berufszählung in der Freien Stadt Danzig vom 1. Nov. 1923.

Die Volkstagswahlen von 1920, 1921 und 1927 und die Volksentscheide vom 9. 12. 1928 in der Freien Stadt Danzig.

Volkstags-Handbuch, VI. Wahlperiode 1935/39.

Bücher und Zeitschriften

Broszat, Martin, Nationalsozialistische Polenpolitik 1939 - 1945. Stuttgart 1961.

Burckhardt, Carl J., Meine Danziger Mission 1937 bis 1939, München 1960.

Denne, Ludwig, Das Danzig-Problem in der deutschen Außenpolitik 1934/1939, Bonn 1959.

Eden, Anthony, Angesichts der Diktatoren, Memoiren 1923 bis 1938, Berlin/Köln 1964.

Forster/Löbsack, Das nationalsozialistische Gewissen in Danzig, Danzig 1936.

Hawranke, L. A., Verfassungsrecht der Freien Stadt Danzig, Danzig 1931.

Kettlitz, Richard, Die wichtigsten Danziger Gesetze, Danzig 1937.

Köppen, Werner, Oberregierungsrat, „Zwei Jahre Danziger Verfassung“, erschienen in „Reich und Länder“, Stuttgart und Berlin 1936.

Lichtenstein, Dr. Erwin, Rechtsanwalt, Tel-Aviv, früher Danzig, „Verfolgungsschäden in Danzig“, in Neue Juristische Wochenschrift, München/Berlin, Juni 1958.

Löbsack, Wilhelm, Danzigs Gauleiter Albert Forster, Hamburg 1934.

Löbsack, Wilhelm, Albert Forster, Gauleiter und Reichsstatthalter im Reichsgau Danzig-Westpreußen, Danzig 1940.

Sodeikat, Ernst, Der Verkehr mit der Presse, Bremen/Hannover, 2. Aufl. 1958.

Sodeikat, Ernst, Der Nationalsozialismus und die Danziger Opposition, in Heft 2/66 der Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Stuttgart.

Sodeikat, Ernst, Die Verfolgung und der Widerstand der Evangelischen Kirche in Danzig von 1933 bis 1945, in Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes, Bd. 15, Göttingen 1965.

Sodeikat, Ernst, Die Verfolgung und der Widerstand der Juden in der Freien Stadt Danzig von 1933 bis 1945, in Bulletin des Leo Baeck Instituts, Nr. 30, Tel-Aviv 1966.

Stachnik, Richard, Die Katholische Kirche in Danzig, Münster/Westf. 1959.

Stachnik, Richard, Danziger Priesterbuch, Hildesheim 1965.

Vollmer, Bernhard, Volksoption im Polizeistaat, Stuttgart 1957.

Wothe, Franz Josef, Carl Maria Splett, Bischof von Danzig, Hildesheim 1965.

Ziehm, Ernst, Aus meiner politischen Arbeit in Danzig, Marburg/Lahn 1957.

„Zehn Monate nationalsozialistische Regierung in Danzig“, Danzig 1934, Sonderdruck einer Rede des nationalsozialistischen Präsidenten des Senats, Dr. Hermann Rauschning, gehalten in der Kundgebung der NSDAP vom 7. April 1934.

Zeitungen und Mitteilungsblätter
aus den Jahren 1931 bis 1939 und 1960

Danziger Morgenzeitung vom 6. Mai 1937.

Danziger Nationale Zeitung.

Danziger Neueste Nachrichten.

Danziger Volksstimme.

Danziger Volks-Zeitung.

Der Danziger Vorposten.

Der Deutsche in Polen.

Elbinger Zeitung Nr. 144/1937.

Neuer Vorwärts, Karlsbad bzw. Paris.

News Chronicle Nr. 27, 754 vom 8. April 1935.

Die Neue Zeit, Organ des Danziger Hausbesitzervereins.

Unser Danzig, Mitteilungsblatt des Bundes der Danziger, Lübeck, Jahrgang 1960 ff.

Aufzeichnungen

Brost, Erich, Zeitungsverleger und Chefredakteur, Aufzeichnungen über den Kampf der Danziger demokratischen Opposition.

Sodeikat, Ernst, Manuskript der zur Veröffentlichung geplanten Ergebnisse einer historischen Untersuchung „Der Kampf um die Freiheit Danzigs - Die Danziger demokratische Opposition gegen den Nationalsozialismus von 1933 bis 1939 -“.

Weise, Gerhard, Rechtsanwalt und Notar, Aufzeichnungen über den Kampf der Danziger demokratischen Opposition.

Aus dem ostkundlichen Programm des Bernward Verlages

Franz Manthey

Heimat an Weichsel und Ostsee

194 Seiten, Leinen, DM 12,80

„... Ein historisch interessantes Buch, es bietet der alten Generation zauberhafte Erinnerungen und kann der Jugend Leitbild für ihre Zukunftsarbeit sein.“

(Unser Danzig 1965)

Franz Joseph Wothe

Die Kirchen der Diözese Danzig

132 Seiten, 70 z.T. ganzseitige Bilder, Kunstdruck, Leinen, DM 15,80

Ein Bildband von hohem dokumentarischem Wert, in dem erstmals alle katholischen Kirchen Danzigs vorgestellt werden.

„Das prächtige Buch ... darf als eine Kulturtat bezeichnet werden.“

(Unser Danzig)

Gerhard Nitschke

Die Kathedrale zu Oliva

40 Seiten, kartoniert, DM 2,90

Reihe: „Wahrheit und Zeugnis“

„Baugeschichte der Zisterzienser Kirche Oliva, die seit der Errichtung des Bistums Danzig Bischofskirche wurde, wird in knapper übersichtlicher Form entfaltet.“

(Wissenschaft und Weisheit)

Gerhard Nitschke

Burgen des Deutschen Ritterordens in Preußen

40 Seiten, kartoniert, DM 4,90

Eine allgemein verständliche, auf exakten Quellen basierende Schrift des in Danzig geborenen Architekten Gerhard Nitschke. 18 Pläne und 35 Fotos ergänzen die interessante Darstellung.

Diese Arbeit über die Verfolgung und den Widerstand der Katholischen Kirche in der Freien Stadt Danzig ist ein Teil einer vom Autor durchgeführten historischen Untersuchung. Die Gesamtergebnisse dieser Untersuchung sollen unter folgendem Titel erscheinen: „Der Kampf um die Freiheit Danzigs - Die demokratische Opposition gegen den Nationalsozialismus in der Freien Stadt Danzig von 1933 bis 1939 -“. An weiteren Teilabschnitten aus dieser Untersuchung sind bisher erschienen: „Der Nationalsozialismus und die Danziger Opposition“, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 2/66, Stuttgart 1966. „Die Verfolgung und der Widerstand der Evangelischen Kirche in Danzig von 1933 bis 1945“ in Band 15 der Arbeiten zur Geschichte des Kirchenkampfes, Göttingen 1965. „Die Verfolgung und der Widerstand der Juden in der Freien Stadt Danzig von 1933 bis 1945“, im Bulletin des Leo Baeck Instituts (Jerusalem/London/New York), Nr. 30, Tel-Aviv 1966.